



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
30.06.2021**

öffentlich

Ort: Georg-Friedrich-Händel-Halle,
Salzgrafenplatz 1,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 19:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Teilnahme bis 17.20 Uhr
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Mario Schaaf	Teilnahme bis 19.00 Uhr
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	Teilnahme ab 14.05 Uhr
Wolfgang Aldag	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christian Feigl	Teilnahme ab 15.30 Uhr
Dennis Helmich	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annette Kreuzfeldt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Mario Lochmann	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Melanie Ranft	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Beate Thomann	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Heinrich	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Carsten Heym	Teilnahme bis 19.27 Uhr
Torsten Radtke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Alexander Raue	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
René Schnabel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Martin Sehndt	Teilnahme bis 19.27 Uhr
Dörte Jacobi	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Regina Schöps	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hans-Dieter Sondermann	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr.med. Detlef Wend	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Yvonne Winkler	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Tom Wolter	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Martin Ernst	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Beate Gellert
Johannes Menke

Dr. Sven Thomas

Andreas Wels
Dr. Silke Burkert
Eric Eigendorf
Johannes Krause
Kay Senius
Sören Steinke
Yana Mark

Andreas Schachtschneider

Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Teilnahme bis 19.07 Uhr

Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Teilnahme bis 19.00 Uhr

Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Teilnahme bis 19.27 Uhr
Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
René Rebenstorf
Marco Schreyer
Oliver Paulsen
Maik Stehle

Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Leiter des Fachbereichs Recht
Referent für Grundsatzangelegenheiten
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Bernhard Bönisch
Johannes Ernst
Torsten Schaper
Olaf Schöder
Gernot Nette

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Stadtrat

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu **Herr Fritz zu Fördermitteln**

Herr Fritz gab ein fiktives Beispiel und fragte, ob dies in Halle (Saale) auch so geschehen könnte, konkret, eine öffentliche Äußerung, dass Träger ihre Fördermittel voll ausschöpfen sollen, da diese sonst zur Haushauskonsolidierung eingesetzt werden.

Herr Bürgermeister Geier verneinte dies.

Herr Fritz sagte, der Verwaltung einen Protokollauszug aus einer städtischen Sitzung zu übergeben, in der genau dies geschehen ist.

zu **Frau Bauer zum Stadtverband der Gartenfreunde**

Frau Bauer sagte, seit zehn Jahren vergebens darum zu kämpfen diverse Ungereimtheiten auszudecken bezüglich der Abrechnung der Nebenkosten um die Pacht im Kleingartenverein Am Klausberg. Sie stellte den Verdacht der Veruntreuung in den Raum und fragte, ob die Verwaltung hier handeln kann.

Frau Müller wies daraufhin, dass es sich um private Angelegenheiten handelt, diese betreffen nicht die Tagesordnung.

Herr Rebenstorf bot an, hier vermittelnd zu unterstützen.

zu **Frau Beim zum M-Wort**

Frau Beim sagte, dass in der Kulturausschusssitzung ein Gast rassistisch beleidigt wurde und niemand interveniert hat. Der Stadtrat ist kein Ort, wo alle Einwohnerinnen und Einwohner gleich sicher sind und geschützt sind vor Beleidigungen und Diskriminierung. Sie fragte, wie zukünftig sichergestellt wird, dass Einwohnerinnen und Einwohner in Stadtrats- und Ausschusssitzungen nicht rassistisch beleidigt werden und sollte dies doch geschehen, wie damit künftig verfahren wird.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass der Vorfall in der Fraktionsvorsitzendenrunde ausgewertet wurde. Es wurde Einvernehmen dahingehend erzielt, dass die Vorsitzenden und die Verwaltung in solchen Fällen unverzüglich eingreifen und tätig werden.

Frau Beim fragte, was über die Fachstelle für Demokratie und gegen Rassismus unternommen wird, um Rassismus als strukturelles Problem anzuerkennen und anzugehen.

Herr Paulsen sagte, dass die Fachstelle für Demokratie darauf ausgerichtet sei, Rassismus als strukturelles und vielschichtiges Problem zu bearbeiten. Es wird mit

zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammengearbeitet, das Themenfeld wird ganzheitlich betrachtet, insofern ist sie eine Koordinierungsstelle.

zu **Herr Thomas zur sozialen Durchmischung in den Stadtgebieten**

Herr Thomas sprach direkte Stadtratsmitglieder und Teile der Verwaltung an, ob diese ihre Wohnungen mit Personen aus Halle-Neustadt tauschen würden. Die Wohngebiete in Halle werden gestalterisch nicht aufgewertet, Bewohner in Halle-Neustadt werden sich nie Wohnungen in Giebichenstein leisten können.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Thematik hier nicht ausdiskutiert werden kann. Herr Thomas Vorstellungen von Schönheit, Architektur und Gestaltung sind andere als die, die in der Gesamtheit umzusetzen sind. Zur sozialen Durchmischung sagte er, dass das Thema Segregation sowie Gentrifizierung umfangreich diskutiert und auch die Anträge der Fraktionen umfangreich debattiert werden.

Frau Müller beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 47 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (82,46%) fest.

Der Stadtrat Halle (Saale) gedachte der verstorbenen ehemaligen Stadträtin Frigga Schlüter-Gerboth.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

-Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE und der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

Damit komme ich zur Feststellung der Tagesordnung, TOP 2.

Von der Tagesordnung zu nehmen, zunächst im öffentlichen Teil, TOP 7.4 Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020-2040. Hier ist der Vorschlag diesen zu vertagen, er wurde im Fachausschuss ebenfalls vertagt. TOP 8.5 und Änderungsantrag 8.5.1. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für nachhaltiges Bauen. Hier ist ebenfalls der Vorschlag, diesen zu vertagen, die Behandlung im Fachausschuss erfolgt im Juli. TOP 8.8, Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schutz des Baumbestandes, ebenfalls im Fachausschuss vertagt, hier auch der Vorschlag, den auch hier zu vertagen. TOP 10, hier machen wir wieder den Vorschlag, das sind die schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten, hier machen wir wieder den Vorschlag, diese abzusetzen. Die Fragen wurden beantwortet und sind erledigt. Und TOP 13.1 bis 13.5, das sind die bisher vorliegenden Anregungen, hier schlagen wir auch vor, diese abzusetzen, die werden im Hauptausschuss

behandelt. Darüber hinaus können aber wie gehabt auch weitere Anregungen gemacht werden.

Im nicht öffentlichen Teil gibt es nichts, was, gibt es keine Änderungen in der Tagesordnung.

Auf die Tagesordnung ist zu setzen, im öffentlichen Teil: Hier haben wir den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, Mitbürger, Hauptsache Halle & Freie Wähler, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Freie Demokraten zur Bewerbung der Stadt Halle als Standort des Zukunftszentrums Deutsche Einheit. Hierfür brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit und da würde ich zunächst über die Dringlichkeit abstimmen lassen beziehungsweise bitte ich zunächst um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Herr Eigendorf, bitte.

Herr Eigendorf

Frau Vorsitzende, ich glaube, es gibt hier noch einige Fragen, deshalb lassen Sie mich noch mal ganz kurz etwas zur Dringlichkeit sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Bund wird ein Standort gesucht für das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit. Unsere Stadt hat erfreulicherweise bereits im Dezember des letzten Jahres Interesse bekundet. Seit dem 16. Juni diesen Jahres haben wir mehr Erkenntnisse darüber, wie der Bewerbungsprozess konkret ablaufen soll und was die grundsätzliche Ausgestaltung dieses Zukunftszentrums sein wird. Wir haben uns als Stadt früh gemeldet, stellen jetzt aber fest, dass in diesem Prozess auch viele andere Städte schon einen Schritt weitergehen, sich in dem Prozess zur Erarbeitung einer ganz konkreten Bewerbung gegeben haben, die über eine Interessenbekundung hinausgeht und hier ist es wichtig, dass wir den Vorsprung, den wir uns erarbeitet haben durch die frühe Interessenbekundung seitens der Stadtverwaltung gegenüber dem zuständigen Bundesministerium nicht verbummeln und deswegen ist es wichtig, dass wir uns heute mit dieser dringlichen Angelegenheit befassen, um den Bewerbungsprozess für unsere Stadt auf dem Weg zu bringen. Vielen Dank.

Frau Müller

Und dann hatte ich noch Herrn Bernstiel, das wäre dann die Gegenrede zur Dringlichkeit.

Herr Bernstiel

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt wäre tatsächlich mal für mich sehr interessant, wie die Stellungnahme der Stadtverwaltung zu diesem Antrag ist, denn erstaunlicherweise ist es so, Herr Eigendorf hat es richtig dargestellt, das es bereits im Dezember eine Interessenbekundung beziehungsweise eine klare Hinterlegung gab bei dem zuständigen Ministerium, was zufälligerweise das Innenministerium ist, und ich bin in diesem Zusammenhang auch persönlich tätig geworden und habe auch persönlich hinterlegt mit diversen Rücksprachen, dass die Stadt Halle sich dort anmelden will. Das geht noch zurück auf eine Initiative des jetzt suspendierten Oberbürgermeisters.

Mein Kenntnisstand ist der, das die Stadt Halle dort registriert ist und wir die Liste zugeschickt bekommen mit den Anforderungsprofilen, soweit dieser Bewerbungsprozess eröffnet ist. Also, in meinem Dafürhalten und in meinem Kenntnisstand ist es so, dass der Prozess schon läuft, womit sich dieser Antrag meines Erachtens erledigt hat.

Aber was mir jetzt tatsächlich fehlt, ist die Information der Stadtverwaltung. Wie ist jetzt der aktuelle Stand? Sind diese Unterlagen eingegangen? Wird diese Bewerbung weiterverfolgt? Wie gesagt, nach meinem Stand, ist das schon vor einem halben Jahr passiert.

Frau Müller

Herr Bürgermeister.

Herr Bürgermeister Geier

Ja, also den Ausführungen des Herrn Bernstiel ist da wenig hinzuzufügen. Es ist tatsächlich so, dass die Initiativbewerbung der Stadt am 23.12.2020 erfolgte, adressiert an den Herrn Platzeck, der dafür zuständig ist, und es geht jetzt darum, dass der Bund noch entscheidet, wie das Procedere, das weitere Procedere dazu sein soll. Die Vereinbarung ist, wenn es im Bund geklärt ist, dass die Stadt Halle die entsprechenden Informationen bekommt, das soll spätestens am 07.07.2021 passieren. Also, bis dahin will der Bund das klären. Insofern, wäre dieser Dringlichkeitsantrag aus Sicht der Verwaltung erledigt. Vielen Dank.

Frau Müller

Ich frage dann jetzt die Antragstellerinnen: Soll der Antrag trotzdem aufrechterhalten werden? Herr Eigendorf, bitte.

Herr Eigendorf

Herr Bürgermeister Geier, ich bin überrascht über die Ausführung. Aber, wenn das so ist, ich muss jetzt zu den ganzen Kolleginnen und Kollegen schauen, die mit Antragsteller sind, dann würden wir das an dieser Stelle zurückziehen, nicht aber ohne das Ganze auch mit der dringenden Bitte zu verbinden, uns in den weiteren Prozess als Stadtrat mit einzubinden. Dieses Zentrum ist eine große Chance für uns als Stadt und ich glaube allein daran, wie viele Fraktion sich unter diesem Antrag versammeln konnten, sieht man, dass da ein großes Interesse unsererseits besteht und ich glaube, da können Sie uns auch gerne mitnehmen. Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Bürgermeister.

Herr Bürgermeister Geier

Das werden wir machen.

Frau Müller

So, und wir sind nach wie vor bei der Tagesordnung und da haben wir jetzt noch Dinge, die auf die Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil zu setzen wären. Dort haben wir ebenfalls einen Dringlichkeitsantrag der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler zur Auskunft über den Stand des Verfahrens gegen den Hauptverwaltungsbeamten und zu den Zeugenaussagen. Auch hierzu brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit und es kann zunächst zur Dringlichkeit gesprochen werden. Herr Menke, bitte.

Herr Menke

Wir haben den Dringlichkeitsantrag gestellt, weil wir der Meinung sind, wir können nicht einfach die Kommunalaufsicht so vor sich hin ermitteln lassen, sondern wir müssen uns auch als Stadtrat, weil wir ja eigene Beschlüsse im Hinblick auf den Oberbürgermeister gefasst haben, ständig auf dem Laufenden halten, was denn eigentlich bei diesen Ermittlungen der Kommunalaufsicht weiter rauskommt.

Jetzt habe ich erfahren, das am 14.06, Sie Frau Müller, als Zeugin vernommen worden sind und kommenden Montag und Dienstag soll wohl Herr Schöppe vernommen werden. Das sind aus meiner Sicht wichtige Zeugenaussagen. Inhaltlich ist mir zugetragen worden, dass Sie, Frau Müller, in Ihrer Zeugenvernehmung ein Telefongespräch mit dem Oberbürgermeister eingeräumt haben, von dem ich bislang keine Kenntnis hatte. Ich meine, auch der Stadtrat nicht, und wir müssen uns über solche Dinge zeitnah informieren, weil der Beschluss, der im Hinblick auf den Oberbürgermeister gefasst worden ist, ja nicht in Stein gemeißelt ist auf ewige Zeit. Anhand der neueren Erkenntnisse, die wir aus diesem Disziplinarverfahren gewinnen, müssen wir ja ständig auch überprüfen, ob denn der

Beschluss, den wir gefasst haben, überhaupt noch vor dem Hintergrund der neuesten Erkenntnisquellen gerechtfertigt ist. Und das Gespräch, was Sie wohl als Zeugin da eingeräumt haben, muss, wenn ich das zeitlich so, wie mir das zugetragen wurde, einordne, sogar vor meiner Impfung gewesen sein. Und da sind Sie wohl über das Ad-hoc Verfahren und die Verimpfung von Restimpfstoffen informiert worden, Frau Müller. Und über diese Informationen möchte ich Auskünfte haben vom Landesverwaltungsamt, oder möchten wir als Fraktion Auskünfte haben, um ...

Frau Müller

Herr Menke, wir sind bei der Dringlichkeit und nicht bei der inhaltlichen Geschichte.

Herr Menke

Ja, ich halte das für äußerst dringlich, weil wir anhand dieser Informationen auch entscheiden müssen, ob es bei dem Beschluss so bleiben kann oder nicht. Und, wenn der Dringlichkeitsbeschluss jetzt nicht gefasst wird, können wir jedenfalls keine Auskunft mehr vor der Sommerpause bekommen und ich halte es für erforderlich, dass wir noch vor der Sommerpause die entsprechenden Auskünfte bekommen. Dankeschön.

Frau Müller

Und Herr Helmich, ebenfalls zur Dringlichkeit, bitte.

Herr Helmich

Ja, ich möchte gegen die Dringlichkeit sprechen. Vor knapp zwei Wochen, glaube ich, war, oder etwas mehr als zwei Wochen, hat die Vorsitzende den Stadtrat in Kenntnis gesetzt, das eine Einsichtnahme in die Stellungnahme zum aktuellen Verfahrensstand von Seiten seines Landesverwaltungsamtes gewährt werden kann. Ich weiß, dass viele Kolleginnen und Kollegen diese Chance ergriffen haben hier ein sehr umfängliches Papier, was sehr umfänglich über den aktuellen Ermittlungsstand im Disziplinarverfahren des LVWA informiert hat. Insofern sehe ich überhaupt keinen Grund, dieser Dringlichkeit in der Form jetzt zuzustimmen. Vielmehr bin ich der Auffassung, dass man, wenn man sich in diese Akteneinsicht begeben hätte, mindestens, also ich würde sagen, wirklich alle Fragen und Punkte, die in diesem Antrag begründet werden und als misslich formuliert werden, hätte einsehen können. Insofern sehe ich da aktuell keine Dringlichkeit.

Frau Müller

Vielen Dank. Und Herr Menke, ich lasse jetzt hier eins mal nicht im Raum stehen, ohne darauf näher einzugehen. Ich habe in dieser Zeugenaussage jawohl von einem Telefonat mit dem Oberbürgermeister gesprochen, aus dem ich im Übrigen nie einen Hehl gemacht habe und lesen Sie sich bitte mal die Pressemitteilung am Tag nach Bekanntwerden des Impfskandals durch, die an der Stelle meine Fraktion und auch mein Stadtverband gemacht haben. Dort habe ich genau dazu gesprochen.

-Zwischenrufe Herr Raue-

Frau Müller

Herr Raue, Sie haben als erstes hier nicht einfach reinzurufen und, wenn ich hier an der Stelle mit Vorwürfen öffentlich konfrontiert werde, dann habe ich auch das Recht darauf zu reagieren. Und Herr Menke behauptet hier etwas, was immer bekannt war.

-Zwischenruf Herr Raue: Missbrauchen Sie nicht immer Ihr Amt hier vorne, das kann doch nicht sein.-

Frau Müller

So, jetzt ist Ruhe und ich lasse über die Dringlichkeit abstimmen. Wer stimmt der Dringlichkeit zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die

Stimmenenthaltung. Damit ist die Dringlichkeit, die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht und die Dringlichkeit in dem Falle abgelehnt, das heißt, der TOP wird heute nicht behandelt.

Änderungen und Ergänzungen gibt es zu, dort bewegen wir uns auch wieder zunächst im öffentlichen Teil, die TOP's 7.11 bis 7.14, Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für verschiedene Objekte, hier wurde die Begründung geändert und das ganze kann im Block abgestimmt werden. Dann haben wir TOP 8.1, Antrag der Fraktion Die Linke zur Abgabe von Menstruationsartikeln an Kinder und Jugendliche, hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Dieser wurde im Finanzausschuss übernommen und kann demzufolge zurückgezogen werden. Dann haben wir den TOP 8.2, Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat zum Bericht über vergütete Praktikumsstellen. Hier wurde der Beschlussvorschlag geändert. Und TOP 8.4, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung der Entschädigungssatzung, hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Mitbürger & Die Partei vor, dieser wurde im Finanzausschuss übernommen und kann ebenfalls zurückgezogen werden.

So, für den nicht öffentlichen Teil gibt es keine Änderungen und Ergänzungen in der Tagesordnung.

Dann frage ich, ob es noch Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt. Kleine Moment, Frau Mark. Vielleicht meinerseits noch eine Ergänzung, wir tagen heute auf Grund der erfreulichen, aber noch nicht entwarnenden Inzidenzzahlen, wieder ohne Zeitbegrenzung. Wir werden es trotzdem so handhaben, dass ich alle anderthalb Stunden eine Pause mache von zehn Minuten. Ich werde eine längere Pause dazwischenschieben, wo wir dann alle uns mal eine Bockwurst oder was auch immer zu Gemüte führen können und ich würde auch noch mal drauf hinweisen und darum bitten, dass wir in den Pausen wirklich alle dann auch den Saal verlassen, auch die Zuschauerinnen und Zuschauer und die Kolleginnen und Kollegen der Presse und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, damit hier ein bisschen ventiliert werden kann und die Empfehlung, da auch noch nicht alle in diesem Saal geimpft, getestet oder genesen sind, die Masken bitte aufzubehalten. Gut, das war es meinerseits und dann Frau Mark.

Frau Mark

Wir möchten Punkt 8.9 für erledigt erklären. Das haben wir auch bereits im Planungsausschuss getan. Das rührt daher, dass es das Bürgerbegehren beziehungsweise der Bürgerentscheid entsprechend ausgegangen ist, begrüßenswerter Weise, und damit wäre der Antrag erledigt.

Frau Müller

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? Das sehe ich, Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Nur kurz zur Klarstellung, für mich ist das jetzt nicht ganz nachvollziehbar, wenn ein Änderungsantrag übernommen wurde, hat der sich erledigt, dann muss der doch nicht explizit nochmal zurückgezogen werden. Also, jetzt nur formal, ja.

Frau Müller

Ja, wird nicht mehr abgestimmt, er ist sozusagen einkassiert. Okay, vielen Dank. So, dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen und dann können wir über die Tagesordnung, die so geänderte Tagesordnung, abstimmen. Wer stimmt zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Bei keiner Gegenstimme und keiner Stimmenenthaltung ist die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

-Ende Wortprotokoll-

Es wurde folgende Tagesordnung beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.05.2021
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.05.2021
Vorlage: VII/2021/02769
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt „Ordnungsmäßigkeit der Fraktionsfinanzierung sowie die zweckentsprechende und angemessene Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit“
Vorlage: VII/2021/02582
- 7.2. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA
BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2020
Vorlage: VII/2021/02608
- 7.3. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Mobilität
Vorlage: VII/2021/02694
- 7.4. Wohnbauflächenbedarfsermittlung 2020 - 2040 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02205 **vertagt**
- 7.5. Bebauungsplan Nr. 75.1 1. Änderung Dessauer Platz, SB-Warenhaus - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2021/02343
- 7.6. Stadtbahnprogramm Halle (Saale) Stufenbeschluss zur Stufe 3
Vorlage: VII/2021/02401
- 7.7. Baubeschluss zum Spielplatz Hanoier Straße
Vorlage: VII/2021/02495
- 7.8. Einziehung des Platzes des ehem. „Zentrum“ Niedersachsenplatz
Vorlage: VII/2021/02540

- 7.9. Baubeschluss für die Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02335
- 7.9.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Baubeschluss für die Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale); VII/2021/02335
Vorlage: VII/2021/02714
- 7.9.2. Änderungsantrag des Bildungsausschusses zum Baubeschluss für die Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02335
Vorlage: VII/2021/02719
- 7.10. Benutzungs- und Entgeltordnungen für die Überlassung von Räumen in kommunalen Schulen und schulischen Sportstätten sowie für die Nutzung des kommunalen Schülerwohnheimes
Vorlage: VII/2021/02537
- 7.11. Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Berufsbildende Schulen „Gutjahr“ Halle (Saale), Haus A und Haus B, An der Schwimmhalle 3, 6, 06122 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2021/02568
- 7.12. Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Kooperative Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“ (Haus A/B/C), Lilienstraße 23, 06122 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2021/02569
- 7.13. Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Sportschulen Halle (Saale), Amselweg 49, 06110 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2021/02570
- 7.14. Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt LILIEN-Grundschule, Lilienstraße 23, 06122 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2021/02571
- 7.15. Sportstättenentwicklungskonzept 2020 - 2028
Vorlage: VII/2021/02578
- 7.16. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2021/02720
8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von

Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche
Vorlage: VII/2021/02479

- 8.1.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche; VII/2021/02479
Vorlage: VII/2021/02717
- 8.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bericht über vergütete Praktikumsstellen
Vorlage: VII/2021/02621
- 8.3. Antrag der CDU-Fraktion für eine Stellungnahme des Stadtrates zur Kampagne „gegen das M-Wort“ - „Mohr“ steht in der Tradition unserer Stadt für eine aner kennenswerte Person
Vorlage: VII/2020/01999
- 8.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Entschädigungssatzung
Vorlage: VII/2021/02646
- 8.4.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Entschädigungssatzung
Vorlage: VII/2021/02844
- 8.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Nachhaltiges Bauen
Vorlage: VII/2021/02498 **vertagt**
- 8.5.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Nachhaltiges Bauen
Vorlage: VII/2021/02802 **vertagt**
- 8.6. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Eindämmung der sozialen und ethnischen Segregation durch Erlass einer Zuzugsbeschränkung nach dem Aufenthaltsgesetz für Migranten
Vorlage: VII/2021/02526
- 8.7. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Bestattungswaldes
Vorlage: VII/2021/02532
- 8.8. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02364 **vertagt**
- 8.9. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Aussetzung des Vorhabens einer weitestgehend autofreien Altstadt
Vorlage: VII/2020/01867 **erledigt**
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners im Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: VII/2021/02731
- 9.2. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD und MitBürger &

Die PARTEI zum Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan
Vorlage: VII/2021/02738

- 9.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Stärkung des gesellschaftlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz
Vorlage: VII/2021/02740
- 9.4. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Angemessenheit derzeitiger und Ermittlung des Potenzials zukünftiger Nutzung der städtischen Liegenschaft Reilstraße 78
Vorlage: VII/2021/02741
- 9.5. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Bildung einer Überprüfungscommission für Mitteilungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)
Vorlage: VII/2021/02759
- 9.6. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Errichtung einer mobilen Wasserrettungsstation
Vorlage: VII/2021/02754
- 9.7. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Errichtung von Parkbänken auf der Peißnitz-Insel
Vorlage: VII/2021/02764
- 9.8. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Maßnahmen gegen das Insektensterben
Vorlage: VII/2021/02743
- 9.9. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Instrumenten aus der Novellierung des Baulandmobilisierungsgesetzes
Vorlage: VII/2021/02744
- 9.10. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch Einrichtung von „Parklet“-Flächen
Vorlage: VII/2021/02745
- 9.11. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vermeidung der Verdichtung von Kinderarmut im Quartier
Vorlage: VII/2021/02752
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten **abgesetzt**
- 10.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Grundrente und zur Grundsicherung im Alter
Vorlage: VII/2021/02734
- 10.2. Anfrage der CDU-Fraktion zu Möglichkeiten einer Umwidmung der Baustraße an den Rosengartenbrücken
Vorlage: VII/2021/02730
- 10.3. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zu den abgerufenen Mitteln aus dem DigitalPakt Schule
Vorlage: VII/2021/02729

- 10.4. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz von Recyclingpapier
Vorlage: VII/2020/01940
- 10.5. Anfrage der AfD- Stadtratsfraktion zur Veräußerung städtischer Liegenschaften an im Ausland ansässige Investoren
Vorlage: VII/2021/02739
- 10.6. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Erschließung der JVA Halle in der Frohen Zukunft
Vorlage: VII/2021/02657
- 10.7. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen durch die Stadtverwaltung
Vorlage: VII/2021/02760
- 10.8. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Park&Ride- sowie Bike&Ride-Stationen in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02762
- 10.9. Anfrage der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Quartiersentwicklung um das Stadtbad
Vorlage: VII/2021/02763
- 10.10. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Auslastung von Hallenbädern
Vorlage: VII/2021/02751
- 10.11. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Elektromobilität in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02753
- 10.12. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Tag der Deutschen Einheit
Vorlage: VII/2021/02755
- 10.13. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Stadtverwaltung
Vorlage: VII/2021/02756
- 10.14. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Überprüfung kommunaler Mandatsträger auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR
Vorlage: VII/2021/02765
- 10.15. Anfrage der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zum Leerstand von Ladenflächen
Vorlage: VII/2021/02766
- 10.16. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bearbeitungsstand „Fahrradfreundliches Rathaus“
Vorlage: VII/2021/02748
- 10.17. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sporthalle Burgstraße
Vorlage: VII/2021/02749

- 10.18. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Schaffung einer barrierefreien Haltestelle in Kröllwitz
Vorlage: VII/2021/02758
11. Mitteilungen
12. mündliche Anfragen von Stadträten
13. Anregungen
- 13.1. Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufnahme von Öffentlichen Toiletten und Wickelplätzen in die MeinHalle-App
Vorlage: VII/2021/02746 **abgesetzt**
- 13.2. Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Mobilen Impfen
Vorlage: VII/2021/02747 **abgesetzt**
- 13.3. Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unfallkommission
Vorlage: VII/2021/02750 **abgesetzt**
- 13.4. Anregung der SPD- Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erneuerung des Basketballplatzes am Thüringer Bahnhof
Vorlage: VII/2021/02761 **abgesetzt**
- 13.5. Anregung des Stadtrates Hendrik Lange zur Stadtforststraße **abgesetzt**
14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.05.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 26.05.2021.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.05.2021
Vorlage: VII/2021/02769

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 26.05.2021 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und somit bekannt gegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Bürgermeister Geier informierte über folgende Themen:

- Modernstes Presswerk der Welt im Star Park
- Bauspielplatz entsteht in der Silberhöhe
- Halophyten-Bänke in der Stadt Halle
- 200.000 Euro für Digitalisierungszentrum
- Dank an Baumpaten am Saaleufer
- Fluthilfe: Robert-Franz-Ring ist saniert
- Stadtmuseum ist „außerschulischer Lernort“
- Glückwunsch an Halles älteste Einwohner
- Laternenfest 2021 wird abgesagt
- Farbenfrohe Utopie in Halle-Neustadt
- Stadt eröffnet Spielplatz „Ameisenhausen“
- „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ in Halle
- Aufruf zum „Sommer im Quartier“
- Stadion in den Farben des Regenbogens
- Neustadt: Verwaltung zieht in Scheibe A
- Aktuelle Corona-Situation

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem Session hinterlegt.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Frau Jacobi fragte, wer den Bauspielplatz in der Silberhöhe betreuen wird.

Frau Brederlow sagte, dass der Deutsche Kinderschutzbund diesen betreuen wird.

Bezugnehmend zum abgesagten Laternenfest fragte **Herr Aldag** nach alternativen Ideen, ob eventuell ähnliches stattfinden soll, wie im letzten Jahr, wo die Promenade mit vielen Lampions geschmückt wurde.

Herr Geier antwortete, dass man alternative Ideen prüft, dem aber nicht vorgreifen möchte.

Bezugnehmend zum Punkt „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ in Halle fragte **Frau Jacobi**, wann erste Umsetzungen erfolgen.

Frau Brederlow antwortete, dass im Herbst mit dem Projekt begonnen wird. Aktuell wird vorbereitet, in welchem Stadtteil Aktionen mit Bürgerinnen und Bürgern stattfinden sollen. Begleitet wird dies im Rahmen von zwei Jahren, anschließend sollen Formate entwickelt werden, um es dauerhaft zu etablieren. In erster Linie ist es ein Probelauf.

Herr Raue fragte, ob mit der Förderung eine neue Stelle verbunden ist oder ob die Förderung aus der Verwaltung oder mit Freien Trägern umgesetzt wird.

Frau Brederlow antwortete, dass keine finanziellen Mittel mit verbunden sind, sowie keine neuen Stellen. Es erfolgt eine Begleitung durch den entsprechenden Projektträger, der im Rahmen der normalen Tätigkeiten vor Ort mitbegleitet und berät und den Austausch mit anderen Kommunen herstellt.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt „Ordnungsmäßigkeit der Fraktionsfinanzierung sowie die zweckentsprechende und angemessene Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit“ Vorlage: VII/2021/02582**

Frau Jacobi sagte, dass sich im Rechnungsprüfungsausschuss darauf verständigt wurde, aus den Leitlinien eine Richtlinie zu entwerfen. Sie fragte, wann die Verwaltung diese gemeinsam mit den Fraktionen umsetzen wird.

Herr Paulsen antwortete, dass die Verwaltung in der kommenden Woche auf die Fraktionen zukommen wird.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungsrechnungshof mit dem Schwerpunkt „Ordnungsmäßigkeit der Fraktionsfinanzierung sowie die zweckentsprechende und angemessene Verwendung der Haushaltsmittel für die Fraktionsarbeit“ zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Stadtverwaltung zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes vom 15. Dezember 2020.

Herr Helmich übernahm als zweiter stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates den Vorsitz.

zu 7.2 **Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2020 Vorlage: VII/2021/02608**

Herr Helmich wies auf das Mitwirkungsverbot folgender Personen hin: Frau Müller, Frau Dr. Wünscher, Herr Döring, Herr Heym, Frau Winkler, Herr Steinke, Herr Geier.

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Helmich** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) werden für das Wirtschaftsjahr 2020 entlastet.

Frau Müller übernahm den Vorsitz des Stadtrates.

**zu 7.3 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Fachbereich Mobilität
Vorlage: VII/2021/02694**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.54101055.700 HW 114a Gimritzer Damm, Fahrbahn (HHPL Seiten 578, 1277)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **910.000 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.54101055 HW 114a Gimritzer Damm, Fahrbahn (HHPL Seite 578, 1277)

Finanzpositionsgruppe 681* Einzahlungen aus Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von **910.000 EUR**.

**zu 7.5 Bebauungsplan Nr. 75.1 1. Änderung Dessauer Platz, SB-Warenhaus -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2021/02343**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 75.1 1. Änderung „Dessauer Platz, SB-Warenhaus“ in der Fassung vom 08.03.2021 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 75.1 1. Änderung „Dessauer Platz, SB-Warenhaus“ in der Fassung vom 08.03.2021 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.
- zu 7.6 Stadtbahnprogramm Halle (Saale) Stufenbeschluss zur Stufe 3**
Vorlage: VII/2021/02401
-

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt die dargestellten Einzelvorhaben als Bestandteil der Stufe 3 des Stadtbahnprogramms.

- zu 7.7 Baubeschluss zum Spielplatz Hanoier Straße**
Vorlage: VII/2021/02495
-

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, für die Neugestaltung des Spielplatzes Hanoier Straße auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung des Spielplatzes Hanoier Straße.

- zu 7.8 Einziehung des Platzes des ehem. „Zentrum“ Niedersachsenplatz**
Vorlage: VII/2021/02540
-

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung des Platzes des ehem. „Zentrum“ Niedersachsenplatz nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA).

2. Die Stadtverwaltung veranlasst die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.9 Baubeschluss für die Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02335**

**zu 7.9.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Baubeschluss für die Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale); VII/2021/02335
Vorlage: VII/2021/02714**

**zu 7.9.2 Änderungsantrag des Bildungsausschusses zum Baubeschluss für die Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02335
Vorlage: VII/2021/02719**

Frau Schmidt sagte, dass es in der Sekundarschule Am Fliederweg derzeit 50 Fahrradstellplätze gibt, von denen etwa 25 benutzt werden. Die Richtlinie beim Neubau von Außenanlagen an Schulen schreibt vor, dass 200 Fahrradstellplätze bei einem Neubau errichtet werden sollen. Geplant sind laut Beschlussvorlage 120 Stellplätze, sowie Vorhalteflächen für insgesamt 80 Stellplätze, sodass perspektivisch auch 200 geplant sind. Mit den 120 sofort umgesetzten wären es 95 über der Nutzung und man würde 18.000 Euro sparen im Vergleich zu 200 sofort errichteten Fahrradstellflächen.

Sie führte als Ausschussvorsitzende des Bildungsausschusses in den Änderungsantrag des Bildungsausschusses unter dem TOP 7.9.2 ein, welcher eine Umsetzung von 156 Fahrradstellflächen vorschlägt.

Herr Lange sagte, dass mit der Maßnahme, mehr Fahrradstellplätze zu errichten, die Schule für Schülerinnen und Schüler attraktiver gemacht werden soll. Da auch Fahrradfahren in der Stadt attraktiver werden soll, möchte man die Stellplätze an der Sekundarschule auf 198 erhöhen. Bei Parkplätzen für Autos an Berufsschulen erfolgt keine Diskussion, bei Fahrradabstellanlagen an Schulen hingegen wird eine Diskussion geführt. Das ist für ihn mit Blick auf die beabsichtigte Entwicklung in der Stadt absolut antagonistisch. Er warb um Zustimmung zum Änderungsantrag unter dem TOP 7.9.1.

Herr Wels sagte, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag 7.9.1 nicht zustimmen wird, da für die Errichtung von 198 Fahrradabstellanlagen derartige Mehrkosten entstehen, die weit am Bedarf vorbeigehen. Eine Erhöhung der Fahrradabstellanlagen im Eingangsbereich um 36 Plätze ist eine gute Maßnahme, sowie die Möglichkeit bei Bedarf nachzurüsten, so wie es der Änderungsantrag 7.9.2 vorschlägt.

Frau Dr. Burkert sprach sich für den Änderungsantrag des Bildungsausschusses aus, der auf Anregung ihrer Fraktion entstanden ist.

Frau Gellert sagte, dass die Errichtung von Fahrradstellplätzen löblich ist, die Kinder, die die Sekundarschule Am Fliederweg besuchen aber größtenteils gar kein Fahrrad besitzen. Die

Quote derer, die Sozialleistungen beziehen, ist sehr hoch. Weiterhin erstreckt sich das Einzugsgebiet der Schule von der Silberhöhe bis nach Halle-Neustadt. Kinder aus Halle-Neustadt werden nicht mit dem Fahrrad bis in den Süden zur Schule fahren, die Strecke ist viel zu weit. Sie sagte, dass der Fokus bei der Sekundarschule Am Fliederweg nicht auf Fahrradabstellanlagen gelegt werden sollte, sondern auf weitere Aktivitätsangebote für den Schulhof, Begrünung, Sitzmöglichkeiten. Die Höhe der Fahrradabstellanlagen sollte sich am Bedarf orientieren.

Herr Schnabel sprach sich gegen den Änderungsantrag 7.9.1 aus, da sich dieser nicht am Bedarf orientiert und die 18 Tausend Euro eingespart werden könnten.

Herr Raue bezog sich auf die Vorlage und fragte, warum das Regenwasser zurückgehalten und verzögert in den Hauptsammler eingespeist wird, dies aber nicht mittels einer Zisterne.

Frau Dr. Marquardt verwies auf Seite 9 der Vorlage, wo explizit über die Thematik informiert wird. Der Bau einer Zisterne ist an dieser Stelle aufgrund der Leitungen baulich nicht möglich.

Bezugnehmend auf die Aussage von Frau Gellert entgegnete **Frau Ranft**, dass diese einen kompletten Stadtteil und eine ganze Schülerschaft diskriminiert.

Herr Streckenbach sagte, dass vollkommen am Bedarf vorbei geplant wird. Der Außenbereich der Schule ist begrenzt und sollte nicht mit Fahrradstellbügeln bestückt werden, die nicht benötigt werden. Er sagte, dass Schüler, die den ÖPNV benutzen mitunter vier Mal umsteigen müssen, um die Schule zu erreichen. Das sind Probleme, die betrachtet werden sollten.

Herr Feigl sagte, dass er die hier geführte Diskussion gern auch bei Themen wie den Ausbau einer vierspurigen Straße, den Bau einer Autobahn oder den Bau eines Parkplatzes für eine weiterführende Schule führen möchte. Der Änderungsantrag 7.9.1 formuliert lediglich die Anforderungen der Richtlinie. Den Schülern sollte ein Angebot unterbreitet werden auf das Rad umzusteigen.

Herr Scholtyssek sagte, dass die Mobilität von Schülern einer Sekundarschule nicht mit derer einer Berufsschule verglichen werden kann, so auch nicht der Bezug von Fahrradabstellanlagen zu Parkplätzen an Berufsschulen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

zu 7.9.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage "Baubeschluss für die Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale); VII/2021/02335 Vorlage: VII/2021/02714

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat beschließt den Neubau der Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5 in 06130 Halle (Saale).

Die 198 Fahrradabstellplätze werden nach der Richtlinie zur Gestaltung von Fahrradabstellanlagen in der Stadt Halle (Saale) in die Planung aufgenommen.
zu 7.9.2 Änderungsantrag des Bildungsausschusses zum Baubeschluss für die Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02335
Vorlage: VII/2021/02719

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat beschließt den Neubau der Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5 in 06130 Halle (Saale).

Die Fahrradabstellplätze werden im Haupteingangsbereich um 36 Plätze erhöht, so dass die Gesamtzahl der Fahrradabstellplätze 156 beträgt.

zu 7.9 **Baubeschluss für die Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2021/02335

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Neubau der Außenanlagen zur Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Straße 5 in 06130 Halle (Saale).

Die Fahrradabstellplätze werden im Haupteingangsbereich um 36 Plätze erhöht, so dass die Gesamtzahl der Fahrradabstellplätze 156 beträgt.

Die Sitzung wurde für eine Pause unterbrochen.

zu 7.10 **Benutzungs- und Entgeltordnungen für die Überlassung von Räumen in kommunalen Schulen und schulischen Sportstätten sowie für die Nutzung des kommunalen Schülerwohnheimes**
Vorlage: VII/2021/02537

Herr Heym bezog sich auf seine Anfrage aus der Hauptausschusssitzung, in der er fragte, wann die Pauschale in Höhe von 500,00 Euro für eine Drehgenehmigung fällig wird.

Frau Brederlow antwortete, dass die Pauschale professionelle Filmproduktionen betrifft. Sie sagte eine Prüfung zu, ob dies im Wortlaut mit aufgenommen werden kann.

Herr Scholtyssek fragte zu § 1 der Benutzungs- und Entgeltordnung an, welcher regelt, dass Veranstaltungen politischer Parteien und Wählervereinigungen zur Durchführung parteipolitischer Wahlveranstaltungen untersagt sind. Er fragte nach der Abgrenzung der Begrifflichkeit, konkret was unter parteipolitische Wahlveranstaltung zu verstehen ist.

Frau Brederlow sagte, dass dies seit Jahren praktiziert wird, öffentliche Wahlveranstaltungen sind untersagt, genauso wie Verkaufsveranstaltungen. Die Einladung eines Kandidaten, der um die Stimmen der Schüler wirbt ist untersagt, genauso wie die Einladung eines Kandidaten zu einer Diskussionsrunde zu einem Sachthema. Hingegen wäre die Einladung verschiedener Kandidaten durch die Schule zu entsprechenden Veranstaltungen über den Elternrat, Stadtschülerrat oder auch der Lehrer im Rahmen ihres Unterrichts erlaubt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Räumen in kommunalen Schulen und schulischen Sportstätten ab 01.08.21 (Anlage 1).
2. Der Stadtrat beschließt die Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Räumen im kommunalen Schülerwohnheim (Anlage 2).

zu 7.11 Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Berufsbildende Schulen „Gutjahr“ Halle (Saale), Haus A und Haus B, An der Schwimmhalle 3, 6, 06122 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2021/02568

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen der Berufsbildende Schulen „Gutjahr“ Halle (Saale), Haus A und Haus B, An der Schwimmhalle 3, 6, 06122 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“.

zu 7.12 Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Kooperative Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“ (Haus A/B/C), Lilienstraße 23, 06122 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2021/02569

Zu den Tagesordnungspunkten 7.12 bis 7.14 gab es keine Wortmeldungen. **Frau Müller** ließ diese Punkte im Block abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen der Kooperative Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“ (Haus A/B/C, Lilienstraße 23, 06122 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“.

zu 7.13 Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt Sportschulen Halle (Saale), Amselweg 49, 06110 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2021/02570

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen der Sportschulen Halle (Saale), Amselweg 49, 06110 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“.
2. Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21701027.700 Projekt: Sportschulen (mit DigitalPakt) (HHPL Seiten 1079, 1293, 1318)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **296.800 EUR**.
Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101048.700 Projekt: Grundschule Am Kirchteich (mit DigitalPakt) (HHPL Seiten 1019, 1297, 1316)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **296.800 EUR**

zu 7.14 Baubeschluss zur Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen für das Objekt LILIEN-Grundschule, Lilienstraße 23, 06122 Halle (Saale), vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“
Vorlage: VII/2021/02571

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Erneuerung der Niederspannungsanlage, des Datenübertragungsnetzes und der Beleuchtungsanlagen der LILIEN-Grundschule, Lilienstraße. 23, 06122 Halle (Saale) vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms „DigitalPakt Schule 2019 bis 2024“.

2. Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101099.700 LILIEN-Grundschule (DigitalPakt-PPP)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **599.800 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

PSP-Element 8.21101099.705 LILIEN-Grundschule (DigitalPakt-PPP)

Finanzpositionsgruppe 6811* Einzahlungen aus Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vom Land in Höhe von **162.000 EUR**

PSP-Element 8.21801020.700 KGS „W. v. Humboldt“ (DigitalPakt-PPP) (HHPL Seite 1095)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **331.700 EUR**

PSP-Element 8.21911014.700 Gemeinschaftsschule „Heinrich Heine“ (DigitalPakt-PPP) (HHPL Seite 1105)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von **106.100 EUR**

zu 7.15 Sportstättenentwicklungskonzept 2020 - 2028

Vorlage: VII/2021/02578

Herr Wels sprach sich für die Vorlage aus. Zukünftig wird das Thema Wasserfläche, weitere Schwimmhalle, mit hoher Wahrscheinlichkeit noch mal in den Fokus rücken, da der Bedarf hier stetig wächst.

Herr Dr. Bergner dankte der Verwaltung für das vorliegende Konzept, er sprach sich für die

Vorlage aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt das Sportstättenentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) 2020 - 2028.

zu 7.16 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VII/2021/02720

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme der nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen.

1. Geldspende von Familie Klimm, K.-H. und S. für die Kindertagesstätte „Kleine Entdecker Kanena“ der Stadt Halle (Saale) in Höhe von 2.000,00 EUR.
(PSP-Element 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
2. Geldspende der Saalesparkasse PS-Lotteriesparen, Rathausstraße 5, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 3.500,00 EUR für die Kindertagesstätte „Der Kleine Spatz“.
(PSP-Element 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen)
3. Sachspende von Herrn Woudenberg, M. in Höhe von 1.200,44 EUR
Postkartenserie (30.000 Stück) mit historischen Porzellanen für das Stadtmuseum.
(PSP-Element 1.25101 Stadtmuseum)

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche
Vorlage: VII/2021/02479

zu 8.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche; VII/2021/02479

Frau Mackies brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und sagte, dass damit der Schulalltag vieler Schülerinnen erleichtert und verbessert werden soll. Menstruation ist ein natürlicher Prozess, von der die Hälfte der Bevölkerung betroffen ist und im Schnitt geben Betroffene ca. 500 Euro im Jahr für Artikel aus. Der Harz 4 Satz sieht aber lediglich 16 Euro im Monat für Hygieneprodukte vor. Für junge Menschen kann sich hier ein erheblicher finanzieller Nachteil ergeben. Menstruation ist für viele ein Tabu-Thema, fragen nach Artikeln in den Sekretariaten für viele eine Scheu.

Man freue sich über die geführte offene Diskussion in den Ausschüssen, im Rahmen eines Pilotprojektes soll die Verwaltung das Anliegen realisieren und den Rat entsprechend über die Ergebnisse unterrichten. Sie warb um Zustimmung zum Antrag.

Frau Dr. Brock bezog sich auf die Stellungnahme der Verwaltung, welche eine Ablehnung des Antrages empfiehlt, da die Kosten nicht im Haushaltsplan enthalten sind. Sie sagte, dass die Umsetzung des Pilotprojektes nicht an fehlenden 6000 Euro scheitern kann. Es ist ein wichtiges und gutes Projekt.

Herr Heym sagte, dass im Zuge der Diskussionen in den Ausschüssen hervorging, dass die Versorgung mit Menstruationsartikeln in den Schulen gegeben ist. Die Kosten von 500 Euro pro Jahr für Menstruationsartikel hätte er gerne statistisch unterlegt. Diese Summe ist nicht realistisch. Auch ist es kein Tabu-Thema, er hat mit der Zielgruppe gesprochen, diese zeigten ihr Unverständnis. Er sprach sich gegen den Antrag aus.

Frau Dr. Wünscher sprach sich im Namen ihrer Fraktion gegen den Antrag aus. Es ist eine zusätzliche, freiwillige Aufgabe, es gibt keine Kostenstelle im Haushalt, und wie das Pilotprojekt bereits im ersten Halbjahr 2021/22 umgesetzt werden soll erschließt sich nicht. Mit dem Antrag wird eine Tabuisierung und Stigmatisierung eher begünstigt als dem entgegen und Familien wird unterstellt, ihre Töchter nicht entsprechend zu informieren und auszustatten.

Frau Dr. Burkert sprach sich für den Antrag aus, in verschiedenen anderen Lebensbereichen (Tanzhäusern, Hotels, Sporteinrichtungen) werden auch diskret Menstruationsartikel auf den Toiletten zur Verfügung gestellt. Sie warb um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

zu 8.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche; VII/2021/02479
Vorlage: VII/2021/02717

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, **im Rahmen eines Pilotprojektes im 1. Schulhalbjahr des Schuljahres 2021/22 in allen städtischen Schulen—(eine Schule je Schulform),**

~~kommunalen Bildungseinrichtungen sowie Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen~~
Menstruationsartikel (Binden, Tampons, Slipeinlagen) kostenfrei für Kinder und Jugendliche
über entsprechende Spender in den Toilettenanlagen zur Verfügung zu stellen.
Die Ergebnisse des Pilotprojektes (ermittelte Verbräuche, Kosten etc.) werden dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

zu 8.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Abgabe von Menstruationsprodukten an Kinder und Jugendliche
Vorlage: VII/2021/02479

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen eines Pilotprojektes im 1. Schulhalbjahr des Schuljahres 2021/22 in städtischen Schulen-(eine Schule je Schulform)-Menstruationsartikel (Binden, Tampons, Slipeinlagen) kostenfrei für Kinder und Jugendliche über entsprechende Spender in den Toilettenanlagen zur Verfügung zu stellen.
Die Ergebnisse des Pilotprojektes (ermittelte Verbräuche, Kosten etc.) werden dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

zu 8.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Bericht über vergütete Praktikumsstellen
Vorlage: VII/2021/02621

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Oberbürgermeister berichtet jährlich im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über vergütete Praktikumsstellen.

Die Berichterstattung beinhaltet:

1. den Fachbereich/die Einrichtung, in dem das Praktikum stattfindet
2. das Ziel und die Schwerpunktaufgaben während des Praktikums
3. den Gesamtzeitraum des Praktikums
4. die vereinbarten Wochenstunden sowie die Höhe der Vergütung
5. die Darstellung im Haushaltsplan einschließlich Produkt und Stellenplan

**zu 8.3 Antrag der CDU-Fraktion für eine Stellungnahme des Stadtrates zur Kampagne „gegen das M-Wort“ - „Mohr“ steht in der Tradition unserer Stadt für eine anerkennenswerte Person
Vorlage: VII/2020/01999**

-Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

8.3, Antrag der CDU-Fraktion für eine Stellungnahme des Stadtrates zur Kampagne gegen das M-Wort. Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Dr. Bergner, bitte.

Herr Dr. Bergner

Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute in der Fragestunde ist ein Vorwurf gegen den Stadtrat erhoben worden, den ich für absolut unangemessen halte und den ich zurückweisen möchte. Es lautete: Der Stadtrat ist ein Ort, an dem Menschen vor Rassismus nicht geschützt werden.

Ich erwähne das noch einmal, weil wir uns von Anfang an einig waren bei der Debatte, die hier geführt wird, dass wir uns natürlich gegen Rassismus wenden und dass wir natürlich rassistische Diskriminierung bekämpfen. Das Problem, das aber mit diesem Vorwurf verbunden ist, unterstreicht für mich die Bedeutung unseres Antrages. Es machen sich einige in diesem Lande zu einfach, wenn sie behaupten, das ist Rassismus. Und die Behauptung, die Verwendung des Wortes Mohr sei Rassismus, mag dem Bedürfnis einzelner nach Feindbildern entgegenkommen, es ist sachlich nicht gerechtfertigt.

Und ich will die Diskussion noch einmal kurz zusammenfassen und will dabei auch ausdrücklich den Ausschussvorsitzenden des Kulturausschusses in Schutz nehmen. Es ist absurd, ihm vorzuwerfen, er hätte bei diesen wirklich nicht akzeptablen Äußerungen von Herrn Nette irgendwie den Eindruck erweckt, als würde er dies für ein angemessenes Urteil erhalten. Dies ist ein Punkt, der aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt ist.

Aus diesem Grunde noch einmal kurz die Beschlusslage, so wie sie sich jetzt darstellt. Es gibt inzwischen, glaube ich, nach all den Zuschriften, die eingegangen sind und Diskussionen keinen Zweifel mehr über die Bedeutungsverbindung zwischen Mauritius, dem heiligen Mauritius und all seinen Ausprägungen, die er hier kulturell in unserer Stadt gefunden hat und dem Begriff Mohr, übrigens auch dem Begriff Moritz. Insofern ist der Versuch, hier städtische Werte vor ungerechtfertigten Vorwürfen zu schützen, begründet.

Der zweite Punkt ist aber ein Ergebnis der Kulturausschusssitzung, das ich hier nicht verschweigen will. Es war sehr gut, dass Herr Kaboré in dieser Sitzung da war und seine Meinung dargestellt hat. Aber auf meine Frage, wann, Herr Kaboré, sind sie mit dem Begriff Mohr einmal diskriminierend konfrontiert worden, wann ist es einmal als ein Schimpfwort oder als ein Kampfbegriff gegen ihre dunkelhäutige Identität verwendet wurden, habe ich die Antwort bekommen: Das können Sie nicht verstehen, denn Sie haben keine schwarze Hautfarbe. Verkürzt gesagt, diese Antwort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will darauf aufmerksam machen, dass wir hier an einem kritischen Punkt sind. Diese Antwort ist keine Antwort, die wir in der Integrationspolitik akzeptieren können. Integrationspolitik bedeutet, dass wir uns gegenseitig unsere Betroffenheit nennen. Und zu sagen, du kannst das sowieso nicht verstehen, du hast eine weiße Hautfarbe, das wirkt dann erst recht diskriminierend, beziehungsweise es macht gar nicht den Versuch Brücken zu bauen und Verständigung zu erreichen. Und aus diesem

Grunde scheint es mir angemessen, dass wir den leichtfertigen Umgang, den die Antragsteller dieser Petition in die Diskussion gebracht haben, ein Eingriff in den Wortschatz unserer Muttersprache. Es geht ja nicht nur um den Mohr an Gaststätten und Apotheken. Es gibt Kinderlieder, es geht um viele, viele andere Dinge, in den der Begriff auftaucht. Der Mohr und die Raben von London, ein Buch, das zu meiner Zeit zur Biografie von Karl Marx Pflichtlektüre war.

Dies alles, meine Damen und Herren, soll jetzt mit einem Argument vom Tisch gewischt werden, das in so wenig überzeugender Weise vorgetragen wurde. Ich bitte also unserem Antrag zu folgen und würde im Namen unserer Fraktion dazu eine namentliche Abstimmung beantragen.

Frau Müller

Ich würde zunächst mal Herrn Paulsen und Herrn Stehle bitten, mal dahinten die Gespräche einzustellen. Das ist ein bisschen störend. Vielen Dank. Und Herr Helmich. Herr Senius war zuerst? Okay, dann habe ich die Gestik genau falsch rum verstanden. Herr Senius, bitte.

Herr Senius

Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, lieber Herr Dr. Bergner, uns ist als Fraktion die historische, kulturelle und traditionelle Herleitung des Begriffs, um den es hier geht, bekannt. Trotzdem sind wir als Fraktion gegen diesen Beschlussantrag. Wir leben in einer Zeit, die gekennzeichnet ist von einem aufwachsenden Rassismus und ich denke, gerade weil die Zeit so ist wie sie ist, muss man besonders vorsichtig umsichtig und auch Rücksicht nehmen auf Belange anderer sein, die solche Begrifflichkeiten als diskriminierend interpretieren und verstehen können. Uns ist als Fraktion auch bekannt, dass wir natürlich nicht als Stadtrat privaten Firmen, Unternehmen ihre Bezeichnung vorgeben können oder verbieten können.

Aber wir können in dieser Frage eine Haltung zeigen und diese Haltung wird zum Ausdruck gebracht, indem wir uns hinter die Petition, die an das Land gerichtet ist, stellen und damit ihren Beschlussantrag ablehnen. Ich bedanke mich.

Frau Müller

Herr Helmich.

Herr Helmich

Ich schließe mich den Ausführungen von Herrn Senius eins zu eins an. Ich möchte noch ergänzend hinzufügen, dass diese Diskussion vermeidbar gewesen wäre, denn dieser Antrag ist meiner Auffassung nach eigentlich gegenstandslos, er bezieht sich auf privatrechtliche Entscheidungen. Und wenn wir diesen Antrag, der sich auf eine Petition, die außerhalb des Stadtrates stattgefunden hat und dort initiiert wurde, hätten wir diese unwürdige Diskussion, unter anderem im Kulturausschuss an den Tag, nicht erleben müssen. Das muss man an dieser Stelle einmal klar feststellen.

Niemand hält jemanden von der CDU oder aus anderen Fraktion ab, seine persönliche politische Meinung zu dieser Petition öffentlich zu äußern, ich halte es aber nach wie vor für einen Fehler, diesen Gegenstand ohne einen konkreten Stadtratsbezug hier in dieses Gremium und seine Ausschüsse zu holen. Und das hätten wir vermeiden können.

Der zweite Punkt: Es ist im Grunde ein kultureller Fortschritt, dass wir es endlich schaffen können bei Themen, die Menschen betreffen, sie in die Diskussion mit einzupflegen. Das hätte man auch in diesem Ausschuss schaffen können. Leider ist es aufgrund einiger unglaublicher Aussagen, zu den wir uns ja auch zum Teil schon öffentlich geäußert haben, nicht passiert. Ich finde, wenn man aber schon jemanden einlädt als Gast, dann muss man ihm auch den Respekt der eigenen Wahrnehmung und der eigenen Position entgegenbringen und das, muss ich sagen, ist nicht nur bei dem Kollegen, der so ausfallend

geworden ist, zum Teil nicht passiert. Man muss anerkennen können, wenn die eigene Lebenswelt aufgrund von einer Zufallsentscheidung in der Natur eine andere ist als ein Mensch, der eine dunkle Hautfarbe hat. Ich kann nicht die Lebenswelt von dunkelhäutigen Menschen nachempfinden, nicht die Alltagserfahrung nachempfinden und ich maße mir auch nicht an sie dann auch so offensiv in Zweifel zu ziehen. Das finde ich einfach nicht richtig. Ich habe das auch bei dem anderen Thema, was wir vorher hatten, wo es um die Menstruationsprodukte gegangen ist, man muss auch in der Lage sein, als politische Akteur in dieser Stadt, an den Punkten, wo man offensichtlich ein Stück weit ein Erfahrungsdefizit hat vielleicht zurück zu stehen und vor allem den Menschen Gehör zu schenken, die in dieser Lebenswelt leben und nicht, weil sie sich ausgesucht haben, sondern weil es ebenso ist. Und dann muss man auch diese Erfahrungen wertschätzen, mit in diese Diskussion einbringen und das ist leider insgesamt in diesem Verfahren überhaupt nicht geglückt und ich finde, wir verlängern das ganze Elend, um es mal wirklich so zuzusagen, nur durch diese Beschlussfassung heute und deshalb lehnen wir diese auch klar ab.

Frau Müller

Frau Mackies.

Frau Mackies

Vielen Dank Herr Senius und auch Herr Helmich für die Worte, den schließe ich mich voll und ganz an. Bleibt jetzt gar nicht mehr so viel zu sagen. Es ist natürlich wirklich irgendwo ein bisschen ein Armutszeugnis, wenn man einen Bürger dieser Stadt als Gast in einen Ausschuss einlädt und dieser Gast einem versucht zu erklären, dass er sich durch bestimmte Begriffe, lassen Sie mich bitte ausreden, oder? Danke. Dass dieser Gast sich durch bestimmte Begriffe diskriminiert fühlt, dass er sich beleidigt fühlt, dass er sich in seiner Identität angegriffen fühlt und sich dann die weiße Mehrheitsgesellschaft in Form des Stadtrates, in Form von bestimmten Fraktionen, hinstellt und ihn in seinen Empfindungen anzweifelt, ihn zwingt, sich zu rechtfertigen, ihn auch noch auffordert, sich durch diese beleidigenden Bezeichnungen geehrt zu fühlen. Das ist wirklich ein Armutszeugnis, wie ich finde. Und das betrifft jetzt nicht nur die Äußerungen von dem Stadtrat Nette, sondern das betrifft eben auch die Weigerung bestimmter Menschen in unserem Stadtrat diese beleidigenden Bezeichnungen dann zu unterlassen, insbesondere, wenn man mit diesem Gast im persönlichen Gespräch ist. Das wollte ich einfach noch mal klarstellen. Danke.

Frau Müller

Und Herr Schied.

Herr Schied

Ich wollte noch zwei kurze Ergänzungen machen, also, allen voranstehend möchte ich, dass ich auch der Meinung bin, das hat hier im Stadtrat überhaupt nichts zu suchen. Ich weiß nicht, warum die CDU das für den Stadtrat gebracht hat.

Aber, Herr Dr. Bergner, ich habe Ihnen zugehört und Sie reden von dem Bedürfnis nach Feindbildern und damit haben Sie Herrn Kaboré praktisch das Bedürfnis nach Feindbildern unterstellt. Denken Sie mal darüber nach.

Und dann, was ich jetzt noch erstaunlicher finde, was hat das Ganze mit Integrationspolitik zu tun? Also, ich habe in meinem Umfeld, in meinem näheren und auch in meinem weiteren Umfeld, einige Leute mit dunkler Hautfarbe, die sind deutsche Staatsbürger, die sind hier auch geboren, ich werde den mal erzählen, dass das Ganze, das Sie ein Problem für Integrationspolitik sind. Ich weiß nicht, was das mit Integrationspolitik zu tun hat. Das sind meine beiden Anmerkungen zu Ihren Ausführungen.

Frau Müller

Und Herr Dr. Bergner nochmal. Und dann Herr Thomas.

Herr Dr. Bergner

Ich möchte nur auf den Vorwurf reagieren, dass ich Herrn Kaboré hier von vornherein irgendwo in eine Kategorie gesteckt hatte. Ich hatte mir von der Begegnung mit ihm tatsächlich versprochen eine Erklärung dafür zu bekommen, warum der Begriff Mohr für ihn diskriminierend ist. Ich habe diese Erklärung nicht erhalten. Und ich muss nun einfach mal sagen und das ist das Thema Integrationspolitik, Integrationspolitik bedeutet interkultureller Dialog und das heißt, ich muss die Betroffenheit, die ich ja gerne ernst nehmen will, der anderen Seite von Herrn Kaboré, ich muss diese Betroffenheit auch gewissermaßen kommunizieren, so dass die andere Seite mich versteht. Aber wenn ich mich auf einen Standpunkt begeben, indem ich sage, weil du Weiß bist, kannst du das nicht verstehen, kann ich keine Integrationspolitik leisten. Das ist der Punkt auf den es mir dabei ankommt und aus dem, natürlich hat das mit Integrationspolitik zu tun. Integrationspolitik bedeutet, dass in dieser Gesellschaft ...

Frau Müller

Herr Schied, Sie sind jetzt nicht dran.

Herr Dr. Bergner

... zu gemeinsamen Werten finden und gemeinsame Maßstäbe finden, nachdem wir gemeinsam leben können. Und die Frage, ob die Apotheke, die den Begriff Mohr an ihrem Türschild hat ...

Frau Müller

Herr Schied!

Herr Dr. Bergner

... diskriminiert werden muss oder attackiert werden muss, mit Farbbeutel und anderem, was passiert ist, ist eine Frage, die unser Zusammenleben betrifft. Und nun verstehe ich nicht, warum Sie hier eine Verweigerung von ...

Frau Müller

Herr Dr. Bergner, Entschuldigung, kleinen Moment mal bitte.

Herr Dr. Bergner

... Kommunikation das Wort nehmen. Das war mein Beitrag, den ich nur in Erwiderung auf Herrn Schied sagen wollte.

Frau Müller

Okay, und Herr Schied, das war jetzt, drei Mal ermahnt, beim nächsten Mal gibt es einen Ordnungsruf. Ich verbitte mir das hier in Zukunft. So, und jetzt Herr Thomas. Okay, Entschuldigen Sie bitte, ich habe Sie nicht gesehen. Herr Thomas ist das okay, wenn ich Herrn Heinrich zuerst drannehme? Dann Herr Heinrich bitte. Herr Heym ist auch noch und Frau Mark. Okay.

Herr Heinrich

Ja, ich möchte zu diesem Thema ausführen, man sollte sich nicht mit hysterischer Aufregtheit dem nähern, sondern mit Aufgeklärtheit und mit historischen Kenntnissen. Wir hatten hier in Mitteldeutschland ein katholisches Mittelalter, auch hier in Halle und der Mauritius, Kurzform Mohr, wurde und wird von der katholischen Kirche als Heiliger verehrt. Und daher rühren auch diese Namen her: Moritz, Mohrenapotheke, oder hier gibt es auch noch eine Moritzkirche ganz in der Nähe, wo der heilige Mauritius als Heiliger angebetet und verehrt wird. Ich wiederhole: Dieser schwarze Mitbruder, die wir ja genau so lieben wie die Weißen, also ein schwarzer Bürger oder ein Schwarzer wird angebetet und verehrt als Heiliger. Das ist keine Herabwürdigung und Diskriminierung, sondern das ist eine Verehrung.

Und, wenn jetzt welche daherkommen und sagen, dass ist eine Beleidigung, dann ist das aus dem historischen Kontext nicht nachvollziehbar. Und ich habe das Gefühl, dass die schwarzen Mitbürger von der linken Seite verhetzt werden. Ich kenne auch genug Farbige, mir hat keiner gesagt, dass er sich durch das Wort Mohr diskriminiert fühlt. Danke.

Frau Müller

Herr Thomas.

Herr Dr. Thomas

Also, ich bin den Initiatoren dieser Debatte um den Begriff des Mohren sehr dankbar, wollte das auch vorausschieben. Nach meinem Eindruck haben wir nie zuvor so tiefgründig und so abwägend über diesen Begriff diskutiert und auch seine verschiedenen Bedeutungen in der deutschen Sprache. Das ist genau der Umgang, den ich mir auch selbst mit solchen zwiespältigen Begriffen wünsche. Er deckt tatsächlich die ganze Spannweite zwischen rassistischen Bedeutungen bis hin zu christlichen Werten ab und man kann sich dazu durchaus verhalten, ohne den anderen jetzt zu beleidigen oder Dinge zu unterstellen.

Wir haben ein Urteil des Verwaltungsgerichts Naumburg gehabt, wo die Wittenberger Judensau, die ja ebenfalls hoch umstritten ist, mit einem sehr salomonischen Urteil versehen wurde: Sie solle an der Kirche bleiben aber durch eine eindeutige Wertung auch historisch eingeordnet und auch mit unseren moralischen Maßstäben in Einklang gebracht werden. Das finde ich eine großartige Sache mit solchen Dingen umzugehen. Das würde ich mir auch wünschen für unsere Mohrenapotheke, die Gaststätte des Mohren und ähnlichen Fällen. Und insofern war der CDU-Antrag für mich sehr sinnvoll, weil man das jetzt auch noch mal klarstellen konnte. Der Stadtrat hat sich in der sehr ausgewogenen Art und Weise insgesamt dazu verhalten, dafür kann man dankbar sein und ob wir dem jetzt zustimmen oder nicht, eigentlich haben wir unser Statement schon gebracht. Danke.

Frau Müller

Und dann Herr Heym und dann Frau Mark. Herr Heym, bitte.

Herr Heym

Ja, vielen Dank. Auch ich möchte mich herzlich bei Herrn Dr. Bergner für seine Ausführungen bedanken und die Art, wie er sich diesem Thema genähert hat, nämlich unaufgeregt mit Argumenten das vorgetragen, was aus seiner Sicht in der Betrachtung wichtig ist und durchaus zur Kenntnis genommen, dass es auf der anderen Seite Bedürfnisse gibt, Erfahrungen gibt, Lebenserfahrung gibt, die in die Betrachtung reingehören. Nun ist es so, aus meiner Sicht, das viele Dinge, die gestern für uns richtig waren, heute sich verändert haben. Die Entwicklung der letzten 30 Jahre, zum Beispiel beim Thema Homosexualität, Gleichstellung an der Stelle, Akzeptanz in der Gesellschaft, ist eine gravierende gewesen, im Grunde überhaupt nicht vergleichbar, der Stand vor 30 Jahren und heute. Und das ist auch gut so.

Die Geschichte, die man dabei betrachten muss, ist, dass der Bürger, der diesen Diskussionen folgt, der uns hier zuschaut, natürlich diese Prozesse irgendwo für sich mit verarbeiten und begleiten muss, denn darauf kommt es ja an. Wir können hier beschließen, in welche Richtung, wo immer, was wir wollen, wenn es von der Gesellschaft draußen nicht getragen wird, sind diese Beschlüsse im Grunde nichts wert. Und wenn die Menschen in der Gesellschaft für diese Entwicklung Zeit benötigen, dann benötigen Sie diese Zeit, dann sollten wir diese ihnen auch zugestehen. Und dann sind aus meiner Sicht solche Initiativen, wie sie die CDU an der Stelle gebracht hat, wie Herr Dr. Bergner das vortragen halt, hilfreich, wenn wir bestimmte Prozesse in der Gesellschaft wollen.

Was nicht hilfreich ist, ist die Entgegnung derjenigen, die die Meinung von Herrn Dr. Bergner nicht teilen, denn die ist derartig aufgeregt mit Schaum vorm Mund, mit Unterstellungen und

ersetzt die so in einer Diskussion und Entwicklung nicht zuträglich sind. Und eins hat mich ganz besonders gestört, also einem nicht Betroffenen in der Diskussion von vornherein die Empathie und die Kompetenz daraus ergebend abzusprechen. Das halte ich für ein starkes Stück. Das stellt auch unsere gesamte Arbeit hier im Rat infrage, weil wir permanent mit Fragen konfrontiert werden, zudem wir nicht alle persönliche Erfahrungen haben.

Frau Müller

Frau Mark.

Frau Mark

Da ja später auch eine namentliche Abstimmung angefordert ist, und wir dem gerne nachkommen, muss ich sagen, wir werden uns bei diesem Antrag enthalten. Das heißt allerdings nicht, das wir hierzu keine Meinung haben, aber uns fällt sowohl Zustimmung als auch Ablehnung schwer.

Ablehnung fällt uns hierbei schwer, weil wir das Thema durchaus nachvollziehen können. Und wir wissen das deutschlandweit und nicht nur in Deutschland, sondern eigentlich europaweit diese Diskussion geführt werden, hier auch im halleschen Stadtrat, diese aber sehr, sehr emotional und oft auch unsachlich geführt werden. Was wir hier erleben, finde ich noch vergleichsweise, den Kulturausschuss jetzt tatsächlich ausgenommen, das ist zutiefst zu verurteilen, aber das finde ich hier vergleichsweise noch sachlich.

Dennoch muss man sagen, wie wir auch eben das Beispiel von der Judensau gehört haben, die ja auch deutschlandweit verbreitet ist. Es gibt doch einen minimalen Unterschied, wozu die Judensau früher gedacht war. Dazu ist ja der Mohr nicht gedacht. Die Judensau war eins dazu gedacht, die Leute oder eben die Juden an der Stelle zu diskreditieren. Dazu waren die Mohrenapotheke und die Gaststätten, die zum Mohr heißen, die waren nie gedacht. Wir haben das geschichtliche jetzt schon mehrfach gehört. Ich möchte das nicht wiederholen.

Daher begrüße ich es nicht, wenn man bestimmte geschichtliche Begriffe streichen möchte, mit Gewalt streichen möchte und zwar von oben herab streichen möchte. Das können wir nicht unterstützen.

Wir können diesem Antrag auch nicht wirklich zustimmen, weil wir sagen, es ist eine Entwicklung und, wenn diese Entwicklung vor sich geht, dann muss sie vor sich gehen. Also, wir möchten auch nicht um jeden Preis in einer Tradition festhalten, die vielleicht irgendwann gesellschaftlich überholt ist. Und ob das so ist, das können nicht wir als Stadtrat entscheiden, sondern das entscheidet die Gesellschaft. Und wenn wir darüber sprechen, wir müssen es der Gesellschaft nicht überstülpen, das ist richtig, wir müssen es nicht von oben verordnen. Das heißt allerdings nicht, dass wir trotzdem durch viele andere Maßnahmen dafür werben müssen, dass bestimmte Aufklärung in der Gesellschaft stattfindet.

Ich bin jemand, der selber ein Migrationshintergrund hat. Man weiß es vielleicht nicht oder man weiß es, es ist auch nicht erheblich. Ich habe auf manche Dinge einen anderen Blick als manch einer, der den nicht hat. Trotzdem spreche ich der Gesellschaft natürlich nicht ab, auch über Dinge, die zu diskutieren, die vielleicht auch ein Emigrant hier betreffen könnte und deshalb möchte ich dafür werben, dass wir den gesellschaftlichen Diskurs führen, aber in der Gesellschaft draußen, wir als Stadtrat können einen Impuls geben aber wir können nicht ernsthaft darüber entscheiden, was ist jetzt noch aktuell geschichtlich, was ist es nicht, wie ist die Herkunft.

Natürlich ist es ein katholischer Geistlicher oder katholischer Heiliger gewesen, aber man muss doch mal schauen, wie viele sind jetzt katholisch noch betroffen in Sachsen-Anhalt. Ist das nicht auch eine Entwicklung gewesen, die wir überhaupt nicht beeinflussen können, sondern das kommt ebenso. Und vielleicht führen wir die Debatte in fünf Jahren einfach

anders, dann sagt einfach irgendjemand, ich möchte den Mohr gar nicht dran haben, weil es für mich nicht aktuell ist. Es mag für einen schade, weil das für ihn ein kulturelles wichtiges Gut ist, aber das ist dann eben jedem selber überlassen, der den Mohren an seiner Apotheke, an seiner Gaststätte hat und deshalb finde ich, gehört die Diskussion in die Gesellschaft rein. Wir können Sie anstoßen, aber dem Antrag, wie gesagt, wir können ihn weder ablehnen noch folgen. Wir wollen uns nicht an die Tradition klammern, aber wir wollen sie eben auch nicht bewusst abschaffen. Und die Debatte gehört weiterverbreitet aus dem halleschen Stadtrat heraus.

Frau Müller

Ich sehe, doch, Herr Krause, bitte.

Herr Krause

Ich habe überlegt, ob ich mich überhaupt melde, aber Herr Dr. Bergner, mir geht ein Argument von Ihnen nicht aus dem Kopf, wo ich um Verständnis werben möchte für Betroffene, die genau in dem Augenblick, wo sie aus Opfer-Situationserlebnissen heraus ihre Betroffenheit nicht mehr erklären können oder wollen. Und tatsächlich, es so begründen, erst mal zunächst innerlich, dann vielleicht auch in einer solchen offiziellen Diskussion: Sie können mich nicht verstehen. Entweder weil sie nicht die Hautfarbe haben oder weil sie das und das nicht erlebt haben.

Das erlebt man zum Beispiel sehr oft bei Opfern, Gewaltopfern oder Menschen, die in ganz schwierigen Lebenssituationen etwas erlebt haben, was andere einfach nicht nachvollziehen können, wo es einem persönlich als Betroffenen sehr, sehr schwer fällt, das dem anderen und ganz sogar in der öffentlichen Diskussion zu erklären.

Das ist eine Situation, da muss man einfach auch mal akzeptieren, dass das gegenüber genau in einer solchen Situation ist. Ich persönlich halte das Wort Mohr auch als Gegenstand unserer Sprache in gewisser Weise kulturell begründet, gar keine Frage. Ich habe auch überlegt, wie ich mich zu diesem Antrag verhalte.

Aber letztendlich müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, wie sich die Dinge weiterentwickeln, was sozusagen sich aus diesem gegenseitigen Unverständnis in diesem öffentlichen Diskurs alles entwickeln kann. Das sehen wir unter anderem auch bei der Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Und wir sind glücklicherweise hier in Deutschland in großen Teil noch immer anderer Verfassung gesamtgesellschaftlich, aber welche Auswüchse das haben kann, wo das hingehen kann und das kommt, nämlich aus gegenseitigem nicht verstehen. Und das will ich Ihnen jetzt nicht unterstellen: und nicht verstehen wollen.

Und ich finde, man muss, wenn jemand sich überhaupt einer Diskussion stellt und an solch einen Punkt kommt, dass er sagt, sie können mich nicht verstehen, muss man es auch akzeptieren und auch mal so stehen lassen können. Ich kann gut verstehen, dieses Argument, ich wollte verstehen, mit welchem Argument er mir entgegentritt. Das ist schlicht ergreifend in einer solchen Situation für einen Betroffenen aber so ohne weiteres nicht möglich. Und das muss man akzeptieren. Danke.

Frau Müller

So, jetzt schaue ich noch mal in die Runde und sehe keine Wortmeldungen. Dann hatten wir vorhin den Antrag auf namentliche Abstimmung. Dazu brauche ich, glaube ich, ein Fünftel aller Stadtratsmitglieder, die dem zustimmen, der Anwesenden, genau. Ein Fünftel der anwesenden Stadtratsmitglieder. Dann frage ich jetzt, wer stimmt der namentlichen Abstimmung zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Das reicht, glaube ich, schon. So, dann Herr Stehle übernehmen Sie? Herr Stehle ruft die Namen auf.

namentliche Abstimmung

		Name	Vorname	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr		Aldag	Wolfgang		X	
Herr	Dr.	Bergner	Christoph	X		
Herr		Bernstiel	Christoph	X		
Frau	Dr.	Brock	Inés		X	
Frau	Dr.	Burkert	Silke		X	
Herr		Döring	Jan		X	
Herr		Eigendorf	Eric		X	
Herr	Dr.	Ernst	Martin			X
Herr		Feigl	Christian		X	
Frau		Gellert	Beate		X	
Frau		Haupt	Ute		X	
Herr		Heinrich	Andreas	X		
Herr		Helmich	Dennis		X	
Herr		Heym	Carsten	X		
Frau		Jacobi	Dörthe		X	
Frau		Jahn	Josephine		X	
Herr		Krause	Johannes		X	
Frau		Krimmling-Schoeffler	Anja		X	
Frau		Krischok	Marion		X	
Herr		Lange	Hendrik		X	
Herr	Dr.	Lochmann	Mario		X	
Frau		Mackies	Stefanie		X	
Herr		Mämecke	Steve	X		

Frau		Mark	Yana			X
Herr	Dr.	Meerheim	Bodo		X	
Herr		Menke	Johannes		X	
Frau		Müller	Katja		X	
Frau		Ranft	Melanie		X	
Herr		Radtke	Torsten	X		
Herr		Raue	Alexander	X		
Herr		Schaaf	Mario	X		
Herr		Schachtschneider	Andreas	X		
Herr		Schied	Thomas		X	
Frau		Schmidt	Claudia	X		
Herr		Schnabel	René	X		
Herr		Scholtyssek	Andreas	X		
Frau	Dr.	Schöps	Regina		X	
Herr		Schramm	Rudenz		X	
Herr		Sehrndt	Martin	X		
Herr		Senius	Kay		X	
Herr		Sondermann	Hans-Dieter		X	
Herr		Steinke	Sören		X	
Herr		Streckenbach	Johannes	X		
Frau		Thomann	Beate		X	
Herr	Dr.	Thomas	Sven	X		
Herr		Wels	Andreas		X	
Herr	Dr.	Wend	Detlef			X
Frau		Winkler	Yvonne		X	
Herr		Wolter	Tom		X	
Frau	Dr.	Wünscher	Ulrike	X		

Frau Müller

Wir haben 31 Ja-Stimmen, äh, 31 Nein-Stimmen, 16 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen. Das heißt, der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Vor dem Hintergrund der historischen und kirchlichen Traditionen unserer Stadt wendet sich der Stadtrat von Halle gegen derzeitige Versuche, die Bezeichnung „Mohr“ aus den Namen von Apotheken oder Gaststätten unserer Stadt zu tilgen. Diese bilderstürmerischen Vorstöße greifen willkürlich in die Rechte von Eigentümern bzw. Inhabern zur Vergabe von Firmennamen ein. Vor allem aber missachten sie Herkunft und Bedeutung der Bezeichnung „Mohr“ im Rahmen unserer Stadtgeschichte. In unserer Stadt ist Bezugsperson für diesen Begriff der heilige Mauritius, der uns als Farbiger in mittelalterlichen Darstellungen stets in Gestalt eines würdigen Schutzpatrons begegnet. In dieser Form ist er auch Namensgeber von Kirchen in unserer Stadt und in unserem Land geworden.

Die Beseitigung der in unserer Stadt vorhandenen Verwendungen der Bezeichnung „Mohr“ wäre deshalb kein Beitrag zur Bekämpfung des Rassismus, wohl aber ein willkürlicher Eingriff in städtische Traditionen.

**zu 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der
Entschädigungssatzung
Vorlage: VII/2021/02646**

**zu 8.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der
Entschädigungssatzung
Vorlage: VII/2021/02844**

Herr Lochmann brachte den Antrag in Namen seiner Fraktion ein, bei dem es um die Wertschätzung des Ehrenamtes geht. Er warb um Zustimmung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

**zu 8.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der
Entschädigungssatzung
Vorlage: VII/2021/02844**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt dem Stadtrat eine Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung) mit folgender Änderung zur Beschlussfassung vorzulegen:

Nach § 5a wird folgender § 5b eingefügt:

„§ 5b Entschädigung für Mitglieder der Beiräte

Mitgliedern eines vom Stadtrat gebildeten Beirates wird für die Teilnahme an den Sitzungen des Beirates, für den sie bestellt worden sind, nach Ablauf des jeweiligen Monats 16,00 EUR je Sitzung und Tag gezahlt, **soweit ihre Mitgliedschaft nicht zu ihren beruflichen Obliegenheiten gehört.** § 1 Abs. 2 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.“

**zu 8.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung der Entschädigungssatzung
Vorlage: VII/2021/02646**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt dem Stadtrat eine Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung) mit folgender Änderung zur Beschlussfassung vorzulegen:

Nach § 5a wird folgender § 5b eingefügt:

„§ 5b Entschädigung für Mitglieder der Beiräte

Mitgliedern eines vom Stadtrat gebildeten Beirates wird für die Teilnahme an den Sitzungen des Beirates, für den sie bestellt worden sind, nach Ablauf des jeweiligen Monats 16,00 EUR je Sitzung und Tag gezahlt, soweit ihre Mitgliedschaft nicht zu ihren beruflichen Obliegenheiten gehört. § 1 Abs. 2 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.“

**zu 8.6 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Eindämmung der sozialen und ethnischen Segregation durch Erlass einer Zuzugsbeschränkung nach dem Aufenthaltsgesetz für Migranten
Vorlage: VII/2021/02526**

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

Wir sind bei Antrag 8.6, Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Eindämmung der sozialen und ethnischen Segregation. Gibt es dazu Wortmeldung? Herr Raue, bitte.

Herr Raue

Ja, meine Damen und Herren, ich würde mir wünschen, wir könnten über unseren Antrag genauso unaufgeregt und sachlich sprechen miteinander, wie das Dr. Bergner vorhin

vorgetragen hat zum Antrag des Wortes Mohr.

Ich habe ja zum Antrag schon gesprochen in unserem Ausschuss, im SGGA-Ausschuss, und da habe ich eigentlich relativ viel ihnen sachlich mitgeteilt und wir haben auch hier im Antrag das Problem eigentlich ausführlich beschrieben, dass die Stadt Halle durch die Asylnmigration der vergangenen Jahre an ihre Grenzen, an ihre Integrationsgrenzen, gestoßen ist und bestimmte Stadtteile tatsächlich jetzt überfordert sind. Aus dem Grund haben wir uns entschlossen, als Stadt ein Hilferuf auszusenden an die Landesregierung, an unsere Landesregierung in Magdeburg, dass sie von ihrem Recht Gebrauch macht nach Paragraf 12a Aufnahmegesetz, einen zeitlich begrenzten Zuweisungsstopp für Asylnmigranten nach Halle zu erlassen und damit im Prinzip eine Zuzugsbeschränkung aufzustellen für das Stadtgebiet von Halle.

Warum wir das für richtig und wichtig halten, habe ich beschrieben. Wir haben auch in, also diese Sachlage, in den zurückliegenden Jahren verschiedentlich diskutiert. Auch als wir als AfD-Fraktion in der vergangenen Periode mal ein Antrag gestellt hatten, dass die Stadtgebiete Neustadt, insbesondere innerhalb des Verantwortungsbereichs unserer Stadt Halle von dem Zuzug durch Asylnmigranten entlastet werden. Das war immer nicht möglich, weil die Stadt es selbst nicht steuern kann und das ist eben diese Unmöglichkeit, dass die Stadt nicht in der Lage ist, die Wohnsituation innerhalb des Stadtgebietes irgendwie zu steuern. Das hat uns eben veranlasst, dass wir gesagt haben, wenn wir es nicht steuern können und ein Automatismus besteht, dass die Menschen, die da zu uns kommen alle sich mehr oder weniger in Halle-Neustadt niederlassen, wir kennen die Gründe, günstige Mieten, aber wenn wir es nicht steuern könnten, müsste es für uns jemand anders steuern und das kann an dieser Stelle die Landesregierung steuern, wenn wir nämlich glaubhaft machen und ihr auch erklären, dass die Stadt Halle an dieser Stelle überfordert ist, dass wir in Parallelgesellschaften hineinlaufen und wenn die sich einmal zementiert haben wir sie nicht mehr auflösen können, wir haben Schwierigkeiten schon heute Lehrer für die Schulen zu finden, unsere Schüler haben Schwierigkeiten, vernünftige Lernbedingungen an den Schulen wahrnehmen zu können und vernünftige Abschlüsse zu machen, wir haben eine erhöhte Kriminalität, nicht nur in der Stadt Halle, sondern wir haben auch eine erhöhte Besorgnis der Anwohner in Halle-Neustadt Opfer von Übergriffen zu werden. Mir ist das sehr viel beschrieben wurden, auch in Bürgergesprächen und ich bin verwundert, dass sie das nicht teilen können und diese Problematik so nicht erkennen.

Kurzum, ich will gar nicht so viel polarisieren jetzt dazu, ich wünsche mir einfach das einige Stadträte das jetzt nicht nur als AfD typischen Antrag sehen, sondern als Problem sehen, dem wir uns unbedingt widmen müssen. In der Ausschussberatung habe ich leider keine Wortmeldung dazu von ihrer Seite wahrnehmen können und auch die Stadtverwaltung selbst ist da sehr dünnhäutig. Aber da wir ja langfristig ein gutes Zusammenleben zwischen uns und verschiedenen Menschen, die zu uns kommen, organisieren wollen und müssen, müssen wir auch sehen und erkennen und uns auch davor schützen, wenn wir in Überlastungssituationen treten und die Überlastung in Neustadt ist ja klar. Es kommen insbesondere die Menschen zu uns dort nach Halle-Neustadt, die keine ...

Frau Müller

Herr Raue, Ihre Redezeit ist gleich um.

Herr Raue

Ja, danke Frau Vorsitzende.

...die im Prinzip auch kaum in der Lage sind, sich woanders Wohnung zu nehmen, weil sie eben auch am Arbeitsmarkt nicht fündig werden. Ich bitte Sie einfach dem Antrag zuzustimmen. Und ja, das war es jetzt von meiner Seite.

Frau Müller

Okay. So, dann Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen, auch ich wünsche mir zum Thema Herausforderung Migration und Migration, der wir zunehmend ausgesetzt sind, ist immer eine Herausforderung, eine sachliche Debatte. Und ich bin auch übrigens der Ansicht, dass es teilweise in diesem Stadtrat zu kurz kommt.

Aber das Problem ist ja bisher gewesen, dass diese Debatte im Keim erstickt wurde, weil Sie von ihrer Fraktion manchmal in so einer Art aggressiven und ausländerfeindlichen und unterstellenden Art als andere, als andersdenkende, förmlich zu Migration aufrufen, so ist das teilweise ja dargestellt worden, Sie das so angehen, das man sich dann irgendwann diesem Problem, das man nicht mehr antworten will, weil das dann auf eine Diskussionsgrundlage geht, auf der man sich nicht unterhalten kann. Das ist das Problem.

Wir werden die Probleme, so wie Sie es vorschlagen, nicht lösen können. Wir werden was Migration angeht, a) nicht den Kopf in den Sand stecken können. Es ging erst neulich durch die Presse, wir haben ca. 80 Millionen Menschen auf der Welt die auf der Flucht sind, wahrscheinlich noch mal doppelt so viele die irgendwo wohnen, aber sich vorstellen könnten, woanders ist es besser zu wohnen. Und Europa ist wahrscheinlich ein lohnenswertes Ziel, denn hier kann man gut leben. Das genießen wir ja alle hier.

Und deswegen sind wir da in einem Dilemma. Und wir werden alle diese Probleme, die da auf uns zukommen, nicht ad-hoc lösen können. Das wird nicht gelingen, weil wir müssen uns erst mal, ich glaube, ein großer SPD-Politiker hat das mal gesagt, erst sagen, was ist, bevor man das Problem angeht,

Wir müssen uns also dieser Sache stellen und das können wir nicht mit solchen: Jetzt machen wir hier eine Grenze zu oder jetzt wirken wir was ab. Das wird nicht gelingen. Wir werden diesem Problem und vor allen was Sie ansprechen und da ist ja ein Stück Wahrheit drin, es gibt sozusagen eine ungleiche Verteilung der Herausforderungen die Migration an unsere Gesellschaft stellt. Und das mögen manche auch nicht sagen. Aber das ist so und das müssen wir wahrnehmen und dem müssen wir uns stellen. Aber das sind sehr mühsame Prozesse. Und wir reden hier sehr, sehr oft und ausgiebig über das ganze Thema Segregation und da gehört das dazu, wir reden sehr, sehr ausgiebig, wenn Sie im Sozialausschuss oder Jugendhilfeausschuss gehen, über Kinderarmut, über die Situation des Lernens, über ungleiche Verteilung von Lebens- und Lernchancen, darüber reden wird aber die Werkzeuge, die man dazu hat, sind teilweise begrenzt und die Wirkung dauert sehr lange.

Und ja, wir können uns da auf alle Fälle verbessern aber nicht mit diesem Antrag. Deswegen werde ich den ablehnen und ich glaube auch meine Fraktion und ich glaube auch die Mehrheit hier im Stadtrat. Aber, wir müssen uns dieser Frage stellen, wie die Herausforderungen der Migration in dieser Stadt fair und für alle angenommen wird. Das ist meine Meinung, aber Ablehnung dieses Antrages. Danke.

Frau Müller

Herr Heinrich, ich hatte Sie schon gesehen. Erst ist Herr Heym dran und danach Sie.

Herr Heym

Vielen Dank, dann werde ich mal Gas geben. Heute kann man in dem Block dubisthalle lesen, dass der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund in Halle 12,8 % beträgt. 12,8 % unserer Schüler hat eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das ist erst mal als Meldung nicht so interessant, interessant wird es, wenn man es in den Vergleich setzt zum Land, 6,3% ist dort der Vergleich. Wenn wir jetzt die Analyse unseres Bildungskonzeptes, was wir

verabschiedet haben, zu Grunde legt und dort die Probleme, die ganz klar die Segregation als solches beziffern, dem entgegenhält, dann muss man schon solche Zahlen zur Kenntnis nehmen und überlegen, wie man damit umgeht, welche Schlussfolgerung man daraus zieht.

Mein Vorredner hat sich gerade richtigerweise bezogen auf den Jugendhilfeausschuss, wo wir sehr oft diesem Problem uns widmen, wo wir uns von Sozialarbeitern der Stadt berichten lassen, wie Integration und ob diese funktioniert, gerade im Bereich der Jugendarbeit. Leider ist dort die Auskunft in der Regel, dass die Integration nicht in dem Maße stattfindet, wie das, wenn es gelingen soll, funktionieren sollte. Die Antwort ist regelmäßig, wenn man fragt nach Kontakten einheimischer Jugendlichen zu ausländischen Jugendlichen, dass diese eigentlich nicht vorhanden sind, sondern eine Separierung stattfindet. Und das ist das, was uns mit Sorge umtreibt, dass wir eben an einer Stelle hier sehenden Auges in Probleme reinlaufen, denen wir irgendwann dann nicht mehr Herr werden, wenn wir sie nicht konsolidieren.

Im Bericht war auch noch im Jugendhilfeausschuss, da ging es um den ASD und die entsprechende Besetzung der Stellen und die Anforderungen der Mitarbeiter dort. Dort wurde uns berichtet, die arbeiten am Anschlag. Es wurde uns berichtet, dass freie Stellen nicht besetzt werden können.

Aus unserer Sicht ist es dringend notwendig, dass Halle hier eine Pause erhält, um zu konsolidieren, um die Probleme, die wir hier haben zu strukturieren und anzugehen. Ich persönlich und meine Fraktion, wir haben den Eindruck, dass wir im Moment immer nur da löschen, wo es brennt, mit den Mitteln, gering genug sind sie, die wir haben. Und das ist aus unserer Sicht nicht ausreichend. Erschwerend kommt hinzu, dass in Halle der Arbeitsmarkt, die Migranten kommen ja mit gewissen Erwartungen auch für ihr persönliches Weiterkommen, nicht so aufnahmefähig ist wie beispielsweise Magdeburg und wir hier eine Unzufriedenheit schaffen werden, wenn wir uns nicht entsprechend dem Problem annehmen, was dann wiederum zu einer Separierung in Parallelgesellschaften, mein Fraktionsvorsitzender sprach es an, führen wird, die dann mit allen möglichen Problemen, die bekannt sind, einhergehen wird.

Frau Müller

Herr Heym, Sie haben nur drei Minuten, die sind vorbei.

Herr Heym

Folgen Sie bitte unseren Antrag, Halle braucht unbedingt eine Pause.

Frau Müller

Und Herr Heinrich.

Herr Heinrich

Es fehlt in dieser Gesellschaft nicht an Lippenbekenntnissen zur Diskriminierung aber was gesellschaftlich geleistet wird ist Diskriminierung. Die farbigen Migranten werden systematisch mehrheitlich in die minderwertigsten Wohnlagen verfrachtet und wer was dagegen sagt wird als rechtsextrem betitelt. Ja, Sie müssen schauen, dass Ihre Antidiskriminierungsaussagen ja eigentlich nur eine pure Heuchelei sind, wenn Sie wollen das Diskriminierung funktioniert, müssen Sie die Migranten auch in Wohnlagen ansiedeln, die höherwertig sind und über die ganze Stadt verteilen. Und das ist aus eigener Kraft nicht leistbar. Aber es werden ja auch Appelle von dieser Stelle ausgerichtet an andere Institutionen, die dafür zuständig sind. Das heißt, auch hier könnte man appellieren an höhere Entscheidungsgremien, mit dieser systematischen Diskriminierung von Flüchtlingen Schluss zu machen und es materiell zu ermöglichen, dass farbige Zuwanderer auch in besseren Wohnlagen ein Quartier finden können und nicht nur in solche Wohnlagen kommen, wo Perspektivlosigkeit, hohe Armutslosigkeit und Kinderarmut, ja Maßenarmut,

herrscht. Danke.

Frau Müller

Ich sehe keinen weiteren Wortmeldungen. Dann, Herr Raue, bitte. Drei Minuten.

Herr Raue

Ja, es ist schon bezeichnend, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Insofern bleibt mir ja fast nur, Herrn Dr. Wend Dank auszusprechen, dass er sich überhaupt dem Thema auch annimmt, ich nehme ihm das auch tatsächlich ab, dass Sie sich damit auch befassen. Und ich glaube auch zu erkennen, dass auch Sie sich im Zuge der letzten Jahre auch ein neues Bild gemacht haben von dieser allgemeinen Bereicherungsdebatte, die ja mal durchs Land geschwungen ist.

Aber, ich sprach es ja vorhin an, und mein Kollege sprach es an, und wir haben ja mehr oder weniger auch durch die Stadtverwaltung schon häufig gehört, das die Möglichkeiten zu steuern innerhalb unserer Stadt fast gar nicht bestehen. Und wenn das aber so ist, dann müssen wir uns Hilfe holen. Und ich sage Ihnen das deutlich, aber zurückhaltend: Wir werden das Problem selbst nicht in den Griff bekommen, wenn wir nicht weniger, oder wenn wir nicht mehr entlastet werden, durch beispielsweise eine Gesetzeslage, dass der Zuzug beschränkt wird, dann werden wir das Problem hier nicht lösen und wir werden es aufbauen.

Und ich will da nur mal an einen großen deutschen Kanzler erinnern, Helmut Schmidt, der würde heute hier zustimmen. Und ich will ihn gar nicht zitieren, weil das meine Zeit jetzt nicht zulässt, aber googeln Sie mal ruhig seine Einlassungen zu diesem Thema.

Aber gerade deswegen, weil wir es eben selbst nicht steuern können, müssten wir uns alle jetzt verantwortungsvoll verhalten. Ich habe auch meinen Beitrag dazu jetzt geleistet, auch heute geleistet, weil ich Sie nicht mit den Zahlen konfrontiert habe, die ich hier bringen könnte, die auch erbarmungslos aufzeigen, dass wir in der schweren Lage sind, die habe ich alle weggelassen, auch Kriminalität wird nur ganz kurz angesprochen, weil ich Sie gar nicht, weil ich hier gar keine Schärfe in die Debatte reinbringen möchte, sondern weil ich Sie eigentlich ermutigen möchte, dass Sie auch hier zustimmen und die Landesregierung an dieser Stelle um Hilfe bitten, um unsere Stadt zu entlasten, um die Bürger zu entlasten und um ein lebenswertes Halle zu erhalten und weiter zu bauen. Das ist mein Appell an Sie und ich sage Ihnen, wir schaffen es nicht allein. Wir haben gehört, der Stadt Halle fehlen auch die Mittel. Deswegen bitte ich Sie alle unserem Antrag zuzustimmen, das ist das mindeste, glaube ich, was sich auch die Hallenser von Ihnen wünschen würden. Danke.

Frau Müller

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann stimmen wir über den Antrag ab. Wer stimmt dem Antrag 8.6 zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Bei einigen Ja-Stimmen, vielen Gegenstimmen und einer Enthaltung ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die **Der Stadtrat** Stadt Halle (Saale) **verabschiedet folgende Resolution.** ~~folgt dem Beispiel der Städte Cottbus (Brandenburg), Freiberg (Sachsen), Delmenhorst, Salzgitter~~

~~sowie Wilhelmshaven (Niedersachsen) und beauftragt den Oberbürgermeister, beim Land Sachsen-Anhalt zu beantragen, Die Landesregierung wird aufgefordert, dass sie dieses von seinem ihrem Recht gemäß § 12a Abs. 9 Nr. 2 AufenthG Gebrauch macht und entsprechend dieser Regelung eine Rechtsverordnung oder andere landesrechtliche Regelung zur näheren Bestimmung des Verfahrens für Zuweisungen und Verpflichtungen nach § 12a Abs. 2 bis 4 AufenthG, insbesondere den Erlass einer negativen Wohnsitzauflage (Zuzugsbeschränkung) für das Stadtgebiet Halle (Saale) gemäß § 12a Abs. 4 und 9 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) befristet für vier Jahre ab positiver Entscheidung über den Antrag, erlässt. Hierzu soll ein Antrag an den Ministerpräsidenten des LSA sowie das sachsen-anhaltinische Ministerium des Inneren gerichtet werden.~~

zu 8.7 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung eines Bestattungswaldes
Vorlage: VII/2021/02532

Frau Jacobi brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Herr Senius sprach sich im Namen seiner Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt gegen den Antrag aus, da noch vielerlei Fragen zu klären sind. Es existieren nicht ausgelastete Flächen auf den gewidmeten Friedhöfen, weiterhin ist die Frage des Bedarfs nach Waldbestattung offen.

Frau Krischok sagte, dass es seit 20 Jahren die alternative Bestattungsform der Friedwälder gibt. Diese haben einen geringeren Pflegeaufwand und geringere Bestattungsgebühren. Auf den halleschen Friedhöfen gibt es derzeit viele freie Grabfelder, sodass kein Bedarf gesehen wird, die Reserve- und Erweiterungsflächen zusätzlich zu nutzen. Diese Bereiche könnten eher eine Symbiose bilden mit den modernen Bestattungsformen. Gute Beispiele gibt es auf dem Südfriedhof, Gertraudenfriedhof Abteilung 3 und dem Friedhof Diemitz. Sie sprach sich im Namen ihrer Fraktion gegen den Antrag aus.

Herr Scholtyssek sprach sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls gegen den Antrag aus, da er inhaltlich nicht ausgereift ist und nicht den realen Erfordernissen entspricht. In Halle gibt es die Möglichkeit sich naturnah bestatten zu lassen (Urnengemeinschaftsgräber, Baumgräber, Baumhain).

Herr Schnabel sprach sich für den Antrag aus, die Möglichkeit eines Friedwaldes sollte in Erwägung gezogen werden, da sich der nächst gelegene erst in Dessau befindet.

Herr Heym sprach sich ebenso für den Antrag aus, es geht im ersten Schritt um eine Konzepterstellung. Es ist annehmbar, dass diese Art der Bestattung zukünftig für viele in Betracht kommen könnte.

Herr Wolter warb um Zustimmung zum Antrag, der eine Beauftragung zur Konkretisierung des Bedarfes ist, der bereits jetzt schon besteht und weiter wachsen wird.

Im Weiteren bat **Frau Müller** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat spricht sich für die Einrichtung und den Betrieb eines Bestattungswaldes durch die Stadt Halle (Saale) im Bereich der Reserve- und Erweiterungsflächen des Gertraudenfriedhofs aus und beauftragt die Stadtverwaltung ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. **Die Flächen der bestehenden Kleingartenanlage im nördlichen Bereich der Erweiterungsflächen werden nicht in diese Planung einbezogen.**

Das Konzept ist dem Stadtrat im Rahmen einer Beschlussvorlage spätestens bis zum Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 21.10.2021 zur Beratung vorzulegen. Darin sind die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen darzustellen sowie ein Deckungsvorschlag für den Haushaltsplan 2022 beizufügen.

Die Sitzung wurde für eine Pause unterbrochen.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners im Rechnungsprüfungsausschuss Vorlage: VII/2021/02731

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Herr Raimo Detzner scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Rechnungsprüfungsausschuss aus.
2. Herr Eberhard Doege wird als sachkundiger Einwohner in den Rechnungsprüfungsausschuss berufen.

zu 9.2 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD und MitBürger & Die PARTEI zum Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan Vorlage: VII/2021/02738

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

9.2, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, SPD und Mitbürger & Die Partei zum Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan. Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Helmich, bitte.

Herr Helmich

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das offensichtliche zuerst, Afghanistan war in den letzten 20 Jahren seit dem ersten militärischen Einsatz internationaler Staaten nicht sicher und es ist auch weiterhin kein sicheres Land. Spätestens mit dem unkoordinierten Rückzug der verbündeten Truppen wird die Sicherheitslage perspektivisch, das unterstützen auch zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Expertinnen und Experten aus dem Bereich der internationalen Sicherheitspolitik, kein sicheres Land beziehungsweise die Gefahr, das mit dem Abzug der vor allem US-Amerikanischen, aber auch der deutschen Bundeswehr, die ja heute Nacht die letzten Soldatinnen und Soldaten ausgeflogen hat, wird vermutlich der IS und die Taliban wieder eine deutlich stärkere und relevantere Rolle spielen.

Und die Unsicherheit, die aufgrund von Kriegshandlungen in Afghanistan und durch die zahlreichen Anschläge, als eine dramatische Kennzahl haben wir die Todesopfer aus dem Jahr 2019 einmal in den Antragstext mit eingeschrieben, die über 3000 Menschen, die aufgrund von Anschlägen und Kampfhandlungen verstorben sind, ist für uns klar, eine Abschiebung, egal von welchem Personenkreis, ist nach Afghanistan nicht zu verantworten.

Und es ist auch zu erwarten, dass, wie gesagt, aufgrund der Truppenrückzüge eben die Regierung nicht so stabil ist, dass sie eine Sicherheit leisten kann, als auch das man überhaupt Menschen dort in dieses Land abschieben könnte. Das gleiche gilt natürlich auch für Syrien. Dazu haben wir auch schon im Stadtrat diskutiert.

Deshalb fordern wir als Fraktionen, die diesen Antrag eingebracht haben, eine genaue Prüfung von Fällen afghanischer Geflüchteter durch die Stadt Halle mit dem Ausreizen des rechtlich möglichen Spielraumes, um zu verhindern, dass Menschen in ein Kriegsgebiet abgeschoben werden.

Des Weiteren fordern wir die Stadt Halle auf und bekunden auch unsere Unterstützung dabei, dass auf allen politischen Ebenen, die Einfluss auf diese Entscheidung nehmen, in diesem Fall Land und Bund, darauf hingewirkt werden soll, dass es einen Abschiebestopp gibt, der bundesweit gilt.

Frau Müller

Herr Helmich, lassen Sie sich mal ganz kurz unterbrechen. Im Zuschauerraum dürfen keine Filmaufnahmen gemacht werden. Ich bitte, die Aufnahme möglichst löschen und in Zukunft unterlassen. Danke. Herr Helmich, weiter.

Herr Helmich

Genau, ich bin auch schon am Ende meiner Ausführungen. Ich glaube, wer ernsthaft menschenrechtskonforme Asylpolitik unterstützt, kann nicht ernsthaft eine weitere Abschiebung, auch nur eine einzige, nach Afghanistan befürworten und deswegen bitte ich dabei um die Unterstützung für diesen Antrag der vier Fraktion, herzlichen Dank.

Frau Müller

Herr Raue.

Herr Raue

Na, es wird Sie nicht wundern, dass wir dem Antrag wenig aufgeschlossen gegenüberstehen. Es gibt schon sehr wenig Abschiebung überhaupt nach Afghanistan. Die Leute, die am Ende abgeschoben werden, die sind auch wohl ausgewählt, da sind unter anderem Straftäter dabei, Leute, die sich der Integration verweigern, Leute, die auch gar keine Arbeit aufnehmen wollen und die sich allen Bildungsangeboten verweigern. Also, Herr Helmich, ich weiß gar nicht, von welchen Leuten Sie reden, aber die Frauen mit Kindern habe ich auf Fotos, auf Abschiebungsfotos nach Afghanistan noch nie gesehen. Die werden nicht abgeschoben. Es geht um ganz andere Menschen.

Und in Afghanistan, habe ich jetzt gelesen, besteht aus, was weiß ich, aus sehr vielen Kreisen, da ist vielleicht jetzt ein Fünftel oder ein Sechstel des Territoriums Taliban kontrolliert. Viele der Leute, die hierher geflohen sind, sind ja sowieso aus wirtschaftlichen Gründen geflohen. Das geben die im Übrigen auch zu. Aber Kabul, wo die Maschinen landen, das ist fest in Regierungshand, auch wenn es unsere Zeitungen gerne umgehend das zu schreiben. Kabul und die großen Landkreise um Kabul sind ganz fest in Regierungshand, das wird auch so bleiben. Die Regierung wird möglicherweise an die Taliban große Teile des Territoriums verlieren, aber nicht mehr als der Hälfte. Da wären unsere Verbündeten schon für sorgen, das heißt, die Menschen, die zurückgeschickt werden, aus vielerlei Gründen aus Deutschland, unter anderem weil wir Recht und Gesetz einhalten.

Dass sie ja jetzt mit diesem Antrag gerne umgehen wollen, die müssen wir auch zurückschicken können, schon allein aus dem Grund, um denen zu zeigen, die hier sind, und vielleicht damit liebäugeln sich bei uns nicht verfassungskonform oder regelkonform zu verhalten, um den Menschen aufzuzeigen, hört mal zu, wenn ihr in unserem Rechtsstaat nicht ankommen wollt, dann droht euch die Rückführung und deswegen können wir so einen Antrag, so einen pauschalen Antrag, niemals unterstützen.

Wir sind ja gerade froh um jeden Flug der nach Afghanistan und in andere Staaten organisiert wird, wenn Menschen, die sich bei uns hier gegen unsere Regeln, gegen unsere Art zusammenzuleben, verhalten, dass die schnellstmöglich zurückgeführt werden. Das ist genau Sinn und Zweck des Gesetzes, und es wird schon weich angewandt und gebeugt, nach fünf Mal hintereinander, das möglichst wenig Abschiebeflüge stattfinden. Es ist für mich unfassbar ihr Antrag und auch der Blick, den Sie auf die vielen schwierigen Situationen haben, die Leute, die abgeschoben werden, in Deutschland verursacht haben.

Ich will auch an dieser Stelle nicht direkter werden, was ich zweifellos könnte, aber ich erinnere Sie nur an die vielen Straftäter mit afghanischer Staatsangehörigkeit.

Frau Müller

Herr Heym, ich habe Sie gesehen. Sie sind dann später dran. Zunächst Herr Bernstiel, dann Herr Lange, dann Herr Heym und dann noch mal Herr Helmich. Und Frau Dr. Brock, Entschuldigung.

Herr Bernstiel

Ja, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Antragsteller, ich muss sagen, ich bin doch sehr überrascht, dass wir hier im halleschen Stadtrat diesen Antrag behandeln, so mal er ja doch gleich zwei Zuständigkeitsebenen überspringt. Sie weisen in Ihrem Antrag selber daraufhin, dass die Landespolitik beziehungsweise die Bundespolitik aufgefordert werden sollen, sich für einen Abschiebestopp einzusetzen. Das kann man sicherlich tun, allerdings, was man nicht kann ist diesen Unterton, Herr Helmich, den Sie hier angeschlagen haben, in den Stadtrat einzubringen, denn Sie unterstellen indirekt mit Ihrem Antrag, dass nicht schon jetzt mit den bestehenden Gesetzen alles Mögliche getan wird und geprüft wird, dass kein Mensch in ein Land zurückgeführt wird, in dem er nicht sicher ist.

Und das machen unsere Behörden bereits. Und Ihr Antrag suggeriert, dass genau dies nicht passiert. Und wenn man dann noch ein Stück weiter geht, dann suggeriert Ihr Antrag sogar, dass sie den Stadtrat der Stadt Halle auffordern wollen, geltendes Recht zu brechen beziehungsweise nicht einzuhalten, wenn Sie nämlich genau fordern, dass das Mögliche ausgereizt werden soll. Ich weiß nicht, was Sie damit meinen und sich sozusagen über Bundes- und Landesrecht hinwegsetzen, in dem der Bürgermeister der Stadt dafür sorgen soll, das, afghanische Bürger der Stadt nehme ich mal an, nicht abgeschoben werden sollen. Und das ist schon wirklich ein starkes Stück. Das kann man diskutieren in den Landtagen, in den Bundestagen, aber nicht hier im halleschen Stadtrat. Und deshalb stelle ich den

Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung.

Frau Müller

Dann haben wir jetzt den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung. Möchte noch jemand zum Geschäftsordnungsantrag sprechen? Das sehe ich nicht, dann lasse ich über diesen abstimmen. Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Ich lasse das mal zur Sicherheit aussehen, wahrscheinlich habe ich wieder einen Knick in der Pupille, aber.

So, noch mal die Ja-Stimmen, bitte, wer stimmt im Geschäftsordnungsantrag zu. Und die Gegenstimmen. Vielen Dank. Ach so, die Enthaltung noch. Okay, vielen Dank.

Für den Geschäftsordnungsantrag haben 19 Stadträtinnen und Stadträte gestimmt, dagegen 25 und keine Enthaltung. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt und wir fahren in der Debatte fort. Und dann ist Herr Lange dran.

Herr Lange

Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die Genfer-Flüchtlingskonvention ist entstanden unter dem Eindruck des grausamen und menschenverachtenden, verbrecherischen Kriegs, den Nazideutschland über große Teile der Welt verursacht hat, vom Zaun gebrochen hat. Die Grauen von Krieg und Vertreibung, die müssen wir in großen Teilen Europas, ich nehme mal jetzt den Balkan raus, seit über 70 Jahren nicht erleben und ich bin da sehr dankbar dafür und hoffe, dass wir alles dafür tun, dass das auch nie wieder so sein wird.

In Afghanistan sind jetzt seit 40 Jahren Krieg. Wir haben jetzt die Situation mit dem Abzug der alliierten Truppen, das Erstarken der Warlords bereits sehr stark vorangetrieben wird, dass die Al-Kaida stärker wird, dass der IS sein Unwesen treibt und dass die Taliban weiterhin ihr Unwesen treiben.

Und es ist eben nicht so, wie hier gesagt wurde, dass es sichere Territorien gibt, nicht mal im Kabul, und das zeigen die terroristischen Anschläge, die insbesondere auf die Zivilbevölkerung verübt werden. Und es gilt eines, man schickt Menschen nicht dahin zurück, wo sie um ihr Leben fürchten müssen. Und in Afghanistan, da ist das so. Und das kann man auch nicht einfach wegbeschießen und deswegen bitte ich Sie, lassen Sie uns als Stadt ein menschliches Gesicht zeigen und unser Möglichstes dafür tun, damit Menschen nicht dahin verbracht werden, wo ihre körperliche Unversehrtheit oder gar ihr Leben bedroht ist.

Und eins möchte ich an der Stelle auch noch mal sagen, wenn wir nicht endlich anfangen, in Deutschland auf allen Ebenen, das gehört durchaus auch in den Stadtrat, dafür zu sorgen, dass Fluchtursachen bekämpft wird, auf der Bundesebene keine Waffenlieferungen mehr zulassen, dass Ausbeutung der Ressourcen der Menschen weltweit für unseren Wohlstand endlich aufhören, dass wir faire Handelsbeziehungen endlich eingehen, damit es den Menschen vor Ort auch entsprechend fair und gut geht, dass Naturzerstörung aufhört und dass wir die Klimakatastrophe bekämpfen, was mal eine riesige Fluchtursache werden wird, wenn wir nicht endlich damit aufhören, dann werden wir hier weiterhin genau darüber reden müssen, wie das mit Migration aussieht. Das ist so. Aber es ist etwas, da müssen wir auf allen politischen Ebenen dafür sorgen, dass Fluchtursachen bekämpft werden.

In Verbindung mit unserem Antrag möchte ich noch mal sagen: Natürlich ist das ein Thema, das auch im Stadtrat von Halle zu thematisieren ist und wir möchten als Antragsteller dafür sorgen, dass eben niemand dahin verfrachtet wird, wo ihm nach Leib und Leben getrachtet wird. Danke.

Frau Müller

Herr Heym.

Herr Heym

Ja, vielen Dank. Mein Vorredner hat ja einen riesen Bogen gespannt und eine Grundsatzdebatte im Grunde ausgerufen, die eher in eine Podiumsdiskussion gehört als jetzt hier in den Stadtrat. Das werden wir gar nicht leisten können.

Ich möchte mal zum Antrag zurückkehren und zu den Punkten, die dort inhaltlich abgestimmt werden sollen. Als erstes wird gefordert, das bei abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus Afghanistan eine Bleibereichtsperspektive zu prüfen sei. Genau das ist Gegenstand eines Asylverfahrens. Ich weiß nicht, welche Unterstellung hier mitschwingen sollte, dass unsere Behörden nicht entsprechend arbeiten. Ich kann es nicht nachvollziehen. Also, das ist eine Anmaßung sondergleichen.

Den Appell an die Landesregierung einen dreimonatigen bundeslandbezogenen Abschiebestopp zu erlassen. Warum drei Monate? Ist aus meiner Sicht unbegründet. Alle, die hier vorgetragen haben, haben eigentlich erklärt, Abschiebungen grundsätzlich wären unangemessen.

Dann bin ich beim nächsten Punkt. Sie erklären das für unangemessen, hier aus der Sicht von Halle an der Saale. Sie erheben sich über das Urteil der Fachleute, der Fachpolitiker, der entsprechenden Gremien, die dafür zuständig sind und entsprechende Beschlüsse demokratisch gefasst haben. Die wollen Sie unter Druck setzen. Das halte ich in einem hohen Maße, erstens für anmaßend und zweitens für undemokratisch, weil es respektiert nicht die in unserem Staat dafür vorgesehenen Gremien, sondern Sie wollen auf diese einwirken, diese moralisch unter Druck setzen.

So und damit erklärt sich auch der Rest Ihres Antrages als nicht zustimmungsfähig, weil Sie eben anmaßend aus einer Sicht sind, wo Ihnen jegliche Fachkompetenz fehlt. Woher wollen Sie aus Halle wissen, was in Afghanistan tatsächlich am jeweiligen Ort möglich ist und warum der Einzelne nun abgeschoben wird, mein Fraktionsvorsitzender hat es ja ausgeführt, warum diese Entscheidung so gefallen ist. Aber Sie maßen sich an, dass aus großer Distanz entscheiden zu können.

Fazit ist, Ihr Antrag ist sicher moralisch gut gemeint, aber so nicht zustimmungsfähig. Und nicht umsonst ist die Gewaltenteilung in unserem Land so wie sie ist.

Frau Müller

Und Herr Helmich noch mal.

Herr Helmich

Ich finde es ja faszinierend, dass mein Vorredner glaubt, dass Beschlüsse, die wir im Stadtrat fällen, nicht demokratisch seien. Das ist eine spannende Auslegung seines Mandates und die Zusammensetzung des Stadtrates. Ich meine mich zu erinnern, dass wir alle hier demokratisch gewählt worden. Ob wir uns auch demokratisch verhalten liegt an dem Verhalten des Einzelnen, aber das möchte ich an der Stelle dazu mal gesagt haben.

Und das hier die Aussage vieler, es würden ja de facto keine Abschiebeflüge nach Afghanistan stattfinden, ist einfach grob falsch. Mindestens einer, in manchen Monaten auch zwei Abschiebeflüge, ganz hier in der Nähe, erst am 08.06. vom Flughafen Halle-Leipzig wurden über 40 Personen nach Afghanistan abgeschoben.

Und ich finde, ich weiß, dass wird eine Fraktion in diesem Haus mir immer wieder vorwerfen, sicherlich, dass ich damit andere Dinge verharmlosen möchte, aber ich bin ein absoluter Verfechter unseres Rechtsstaates und wenn jemand in diesem Land straffällig geworden ist

und das gerichtsfest ausgeurteilt ist, dann möchte ich auch, dass diese Strafe in Deutschland verbüßt wird. Denn hier finden Sie statt die Straftaten. Und Sie werden auch wenig Länder finden, wo das in irgendeiner anderen Form in der Praxis ausgeübt wird. Wenn man vor Ort in einem Land straffällig geworden ist, egal welchen Pass man hat, dann hat man seine Strafe vor Ort zu verbüßen. Das ist Rechtsstaatlichkeit und nichts Anderes.

Und auch Straftäterinnen und Straftäter haben das Recht, so schlecht wie man das persönlich finden kann, aber auch das ist Teil des Rechtsstaates, nicht in das Land abgeschoben zu werden, wo sie der Gefahr ausgesetzt sind mit dem ersten Schritt aus dem Flughafen einem Attentat oder einem Bombenanschlag zum Opfer zu fallen. Ich finde, das gehört auch zu einem humanistischen Weltbild, das sollte man vielleicht auch in der Stadt in Halle an der Saale mitbekommen haben, dass diese Menschen auch ein Recht darauf haben, dass sie nicht einem Anschlag quasi mehr oder weniger per Abschiebung in hoher Wahrscheinlich geführt werden. Das finde ich, ist doch wohl eher ein Mindestmaß an Menschlichkeit, was man dieser Diskussion noch mal anmerken kann, obwohl ich ja schon weiß, dass am Ende das wieder umgedreht wird hier von einigen Herrschaften in dem Raum. Ich finde, das muss man einfach mal akzeptieren können und nichts anderes steht auch in diesem Antrag, das man das, was an rechtsstaatlichen Möglichkeiten gerade im Asylrecht vorliegend auch konsequent durchzieht, denn die Bundesregierung, da muss man vielleicht auch die Schneise dazu hinkriegen, hat es bis heute nicht geschafft, die dramatische Sicherheitslage, die von vielen, vielen anderen internationalen Organisationen mit Bezug auf Afghanistan festgestellt wurde, in eine praktische Politik des Abschiebestopps umzusetzen, einfach aus einem politischen Kalkül heraus und das finde ich persönlich verwerflich und in diesem Fall melden wir uns als Stadtrat, als demokratisches Gremium, zu Wort und fordert eben genau diese Umsetzung konsequent ein.

Frau Müller

Frau Dr. Brock. Und dann Herr Heym noch mal.

Herr Heym

Herr Helmich, was Sie hier machen ist bewusstes missverstehen. Ich glaube, das wissen Sie auch. Also, meine Ausführungen bezogen sich darauf, dass Sie die Zuständigkeiten in unserem Land einfach nicht respektieren, weil diese Entscheidung treffen, die Sie für falsch halten.

Das kann man machen, aber ich halte das für nicht richtig. Und das halte ich auch in gewisser Weise für eine unlautere Kritik an unserer Demokratie, die ja entsprechende Gremien dafür entsendet, dass sie entsprechende Entscheidung für uns trifft. Dass ist im Einzelfall sicher dann mal persönlich eine andere, als man selber haben möchte, aber so ist das halt.

Dann noch mit diesen Geschichten, dass Sie der Meinung sind, Straftäter müssten im Lande der Straffälligkeit die Strafen absitzen. Die gängige Praxis, das sind internationale Übereinkommen, die auch nicht aus dem Stadtrat von Halle initiiert wurden, sondern auf ganz anderen Ebenen. Auch die können Sie für falsch halten. Die sind getroffen wurden in Ihrem Auftrag, denn wir haben eine repräsentative Demokratie. Und nichts Anderes habe ich eingefordert, als den Respekt unseren entsprechenden Entscheidern gegenüber, die aus meiner Sicht, und da liegt auch ganz viel Hoffnung drin, entsprechende kompetente, verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen. Und ich finde das eben und bleibe ich bei, anmaßend, hier aus der Distanz zu meinen, man wüsste alles besser.

Frau Müller

Herr Heinrich.

Herr Heinrich

Sie geben an, ein guter Demokrat zu sein, dann müssen Sie auch anerkennen, dass es eine Gewaltenteilung gibt, dass es Zuständigkeiten gibt. Die Zuständigkeiten sind demokratisch begründet und dann müssten Sie auch anerkennen, dass auf dieser Welt oder in diesem Land auch andere Leute zuständig sind für bestimmte Probleme als nur Sie oder als nur die Grüne-Fraktion. Ich meine, Sie können eine ethische Haltung haben, aber es gibt Gesetze in Deutschland und die Gesetze sollten erfüllt sein. Ansonsten sind Sie ein schlechter Demokrat, wenn Sie dafür kämpfen, sich dafür einsetzen, dass unsere Gesetze unterhöhlt werden und nicht erfüllt werden.

Frau Müller

Ich glaube, wir müssen uns hier gegenseitig dann auch nicht vorwerfen schlechte Demokraten zu sein, zumindest an der Stelle habe ich das jetzt auch nicht raushören können. So, dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Und dann gebe ich jetzt mal Herrn Schreyer das Wort. Bitteschön, Herr Schreyer.

Herr Schreyer

Vielen Dank, Frau Vorsitzende, die Verwaltung bittet die antragstellenden Fraktionen noch mal um Präzisierung Ihres Antrags. Wir haben mehrere Ziffern. Wir haben auch mehrere Formulierungen in diesen Ziffern. Wir haben ein Appellieren, das ist unstreitig zulässig. Wir haben ein Bitten, das hatten wir thematisch im Stadtrat schon gehabt. Auch das kann man machen.

Wir haben aber in Ziffer 1, worauf ich Augenmerk lenken darf, ein Auffordern. Auffordern kann man im Sinne des Bittens verstehen. Wenn meine Frau mich zu etwas auffordert oder bittet, ist das für mich das gleiche, mache ich sofort.

Die Frage ist nur, ob wir das hier alle genauso sehen. Denn ein Auffordern ist eigentlich im rechtlichen Sinne mehr als ein Bitten. Und da wir im übertragenen Wirkungskreis sind, wäre das nicht zulässig. Vielen Dank.

Frau Müller

So, möchte jemand der Antragsteller etwas dazu sagen? Nicht? Frau Brock, sagen Sie es bitte noch mal offiziell ins Mikrofon.

Frau Dr. Brock

Ich würde es im Sinne der synonymen Beschreibung von Herrn Schreyer so aufrechterhalten.

Frau Müller

Okay. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer stimmt dem Antrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltung. Bei einigen Gegenstimmen und drei Stimmenenthaltungen ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle fordert die Stadtverwaltung auf, bei ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus Afghanistan im Rahmen sorgfältiger Einzelfallprüfungen die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten für eine

Bleibereichtersperspektive zu prüfen. Das geltende Aufenthaltsrecht bietet die Möglichkeit eines humanitären Aufenthalts oder der verlängerten Duldung.

2. Der Stadtrat appelliert an die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, für afghanische Geflüchtete einen dreimonatigen bundeslandbezogenen Abschiebungsstopp nach § 60a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zu erlassen und beim Bund die Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan zu erwirken. Dieser Abschiebestopp hat sich auf solche Länder der Dublin-III-VO zu erstrecken, von denen aus von einer weiteren Abschiebung nach Afghanistan ausgegangen werden kann.
3. Der Stadtrat appelliert an die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass das BAMF alle negativ beschiedenen Asylanträge von afghanischen Geflüchteten der letzten Jahre überprüft. Dabei muss die veränderte Sicherheitslage in Afghanistan berücksichtigt werden.
4. Der Stadtrat appelliert an die Landesregierung von Sachsen-Anhalt, sich auf Bundesebene für die Aussetzung des zwischen der EU und Afghanistan ausgehandelten Rückübernahmeabkommens vom 2. Oktober 2016 einzusetzen.
5. Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Namen der Stadt Halle die ablehnende Haltung des Stadtrates zu Abschiebungen nach Afghanistan gegenüber Mandatsträgern auf Bundes- und Landesebene (Sachsen-Anhalt) zum Ausdruck zu bringen.
6. Der Stadtrat der Stadt Halle bittet den Oberbürgermeister, sich in den Gremien des Deutschen Städtetages dafür einzusetzen, dass dieser seinen Einfluss auf Bundes- und Landesebene dazu nutzt, Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern, damit auch bereits negativ beschiedene afghanische Asylbewerberinnen und Asylbewerber einstweilen von Abschiebungen verschont werden.

*Protokollnotiz:

Auf Nachfrage der Stadtverwaltung stellten die Antragsteller klar, dass die Formulierung „fordert auf“ in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages im Sinne der Synonymbeschreibung als „Bitte“ zu verstehen ist.

**zu 9.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Stärkung des gesellschaftlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz
Vorlage: VII/2021/02740**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch GOA der AfD-Stadtratsfraktion
in den*

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung,
Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zu erarbeiten, welches ehrenamtlich in Halle im Zivil- und Katastrophenschutz organisierten Bürgern kostenfreien Eintritt zur körperlichen Ertüchtigung und Gesunderhaltung in städtische Schwimmbäder und Schwimmhallen gewährt. Eine eventuell gewährte Aufwandspauschale für das Ehrenamt bleibt dabei anrechnungsfrei.
2. Zur Stärkung dieses ehrenamtlichen Engagements wird monatlich eine Familienfreikarte für einen gemeinsamen Besuch der Engagierten gemeinsam mit den Angehörigen im Spaßbad Maya Mare zur Verfügung gestellt.
3. Das Konzept wird im Zuge der Haushaltsberatungen Ende 2021 dem Stadtrat zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt.

**zu 9.4 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Angemessenheit derzeitiger und Ermittlung des Potenzials zukünftiger Nutzung der städtischen Liegenschaft Reilstraße 78
Vorlage: VII/2021/02741**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der AfD-Stadtratsfraktion
in den
Kulturausschuss,
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. Für die dem Kubultuburebell e.V. vermietete Liegenschaft, Reilstraße 78, eine Expertise vorzulegen, die die erzielbaren Einnahmen bei Anwendung marktüblicher Konditionen ausweist.
2. Zu untersuchen, ob und inwieweit das Grundstück der der Kubultuburebell e.V. vermieteten Liegenschaft, Reilstraße 78, für die weitere Entwicklung des Bergzoos genutzt werden kann, welche Entwicklungspotenziale es gibt und welche wirtschaftlichen Erträge sich so erzielen lassen.
3. Zu prüfen ob und ggf. welche rechtlichen Hürden es bei einer Vertragsbeendigung der durch die Stadt Halle dem Kubultuburebell e.V. überlassenen Liegenschaft, Reilstraße 78, gibt und zu welchem Datum jeweils eine ordentliche Kündigung des Nutzungsverhältnisses möglich ist.
4. Eine unangekündigte Ortsbegehung der o.g. Liegenschaft durchzuführen, die vertragsgemäße Nutzung zu überprüfen und außerdem festzustellen, ob kurz- und mittelfristig weiterer Investitionsbedarf durch den Vermieter ansteht und welche Arbeiten nach derzeitigem Stand bei einer eventuellen Vertragsbeendigung für die

ordnungsgemäße Rückgabe der Liegenschaft an den Vermieter durch den Mieter notwendig wäre. Es ist zu prüfen, ob der Mieter zur Erbringung und Finanzierung dieser Leistungen in der Lage ist. Ggf. sind Vorkehrungen zu treffen, die eine Belastung der Stadt mit diesen Kosten wirksam verhindert.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Bildung einer Überprüfungscommission für Mitteilungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)
Vorlage: VII/2021/02759**

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

9.5, Antrag der Fraktion MitBürger & Die Partei zur Bildung einer Überprüfungscommission für Mitteilungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Gibt es dazu, Frau Jacobi, bitte.

Frau Jacobi

Ja, dieser Antrag nimmt den Hinweis der Ratsvorsitzenden und die Empfehlung der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED Diktatur auf, dass mit dem Beschluss, den wir hier gefasst haben zur Überprüfung der kommunalen Mandatstragenden, der Stadtrat sich nicht auf einen institutionellen Umgang mit den Prüfergebnissen verständigt hat und entsprechend die Einrichtung dieser Prüfkommision lediglich einer sauberen Verfahrensweise dient. Ganz ungeachtet davon, dass die Freiwilligkeit zur Überprüfung einen sinnvollen Gebrauch verhindert. Also, ich bitte Sie dennoch um Zustimmung.

Frau Müller

Gibt es Wortmeldungen dazu? Ich habe es jetzt nicht gesehen, Herr Scholtyssek und dann Herr Heym.

Herr Scholtyssek

Ich hätte nur die Frage, was die Verwaltung und die Ratsvorsitzende dazu sagen. Ich bin mir jetzt nicht mehr sicher, wie wir in den letzten Wahlperioden mit dem Thema umgegangen sind. Ich meine, es gab immer dann diese Fragebögen, also diese Bögen, die ausgefüllt wurden und dann kam die Antwort. Ich meine, immer an den Vorsitzenden und der hat das dann für sich ausgewertet. Ich weiß nicht, ob wir da sowas wie eine Kommission hatten. Also, brauchen wir das wirklich, wäre jetzt die Frage.

Frau Müller

Da kann ich zu Antwort geben, Frau Jacobi hat Recht, ich habe das tatsächlich als ich vor ein paar Wochen die Mail geschrieben habe an alle Stadträtinnen und Stadträte, in dem ich das Verfahren eingeleitet habe sozusagen, da habe ich tatsächlich den Hinweis gegeben, dass wir uns bis jetzt nicht darauf geeinigt haben, wie wir mit den Ergebnissen dann umgehen. Ich habe mich auch an der Stelle nicht daran orientiert, wie das in den letzten Wahlperioden gemacht wurde, das weiß ich ehrlich gesagt gar nicht, ich habe mich an der Handreichung der Stasiunterlagenbeauftragten orientiert, wo so eine Kommission empfohlen wird. Der Punkt ist einfach, Sie haben völlig Recht, ich bekommen die Bögen dann zugeschickt, ich werde aber einen Teufel tun, die alleine zu Hause in meinem Wohnzimmer

zu öffnen und mir das anzugucken. Insofern denke ich, ist das tatsächlich auch eine gute Lösung so eine Kommission und ja, das dazu von meiner Seite.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Heym, Entschuldigung, ja.

Herr Heym

Ja, auch ich hatte es den Unterlagen, die Sie versandt hatten, entnommen, dass das Prozedere entsprechend vorgeschlagen wurde, das macht aus meiner Sicht auch Sinn. Dem ist eigentlich auch aus meiner Sicht nicht zu widersprechen. Ich habe das jetzt nicht verstanden, Frau Jacobi, mit der Freiwilligkeit, die Sie gerade noch mal ...

-Zwischenrufe-

Frau Müller

Es sind, den Beschluss, den wir hier gefasst haben, der beruht auf einer Freiwilligkeit. Das heißt, Betroffen sind sowieso erst mal nur die Jahrgänge ab, ich kann es Ihnen, ich glaube 1976 oder 75 war es und es muss sich nicht jeder überprüfen lassen, es ist eine Freiwilligkeit. So wurde das damals beschlossen.

Herr Heym

Dann ist bei mir lesen und verstehen doch ein bisschen anders angesiedelt, da wurde gebeten um das Ausfüllen des Bogens. Dass die Prüfung freiwillig wäre konnte ich an keiner Stelle aus dem Text entnehmen, sondern dass es ein Stadtratsbeschluss ist.

Frau Müller

Herr Heym, ich habe Ihnen den Beschluss an diese Mail noch mal mit drangehängt und in dieser Mail ...

Herr Heym

Frau Müller, das weiß ich.

Frau Müller

Ja eben und dieser Beschluss sagt eindeutig aus, dass die Überprüfung auf Freiwilligkeit beruht. Frau Dr. Wünscher und Herr Bernstiel, Sie hatten sich auch noch? Frau Dr. Wünscher, bitte.

Frau Dr. Wünscher

Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, also, das verstehe ich jetzt überhaupt nicht. Wir wollen hier irgendeine Gruppe einrichten, die irgendetwas überprüfen soll und diese ganze Überprüfung ist nur freiwillig. Also, ich kann das überhaupt nicht verstehen, wenn ich jetzt sage, ich will überhaupt nichts damit zu tun haben, dann ist es so. Und die, die sich dazu entschließen, das zu machen, da ist dann noch ein Gremium, das das irgendwie auswertet. Also, das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Ich möchte bitten, dass wir da zu irgendeiner vernünftigen Lösung kommen und deshalb verweise ich diesen Antrag in den Hauptausschuss.

Frau Müller

Ich wundere mich jetzt ehrlich gesagt ein bisschen darüber, dass hier so eine Verwunderung über diesen Beschluss herrscht. Wir haben diesen Beschluss vor eineinhalb Jahren getroffen. Ich gebe ganz ehrlich zu, ich habe das auch bis dato nicht angeschoben. Jetzt ist es angeschoben aber der Beschluss lautete damals schon Freiwilligkeit. Und es war auch in den vergangenen Wahlperioden so und das ändert doch nichts daran, selbst wenn sich hier, ich weiß nicht wie viele Leute es jetzt sind, aber selbst wenn sich hier nur ein paar Leute gemeldet haben, ändert das doch nichts daran, dass ich die Sachen nicht alleine in meinem

Wohnzimmer öffne und mir anschau. Das geht doch nicht. Nein, das werde ich nicht tun. Also, Entschuldigung, da biete ich ja eine Angriffsfläche, die toppt ja noch mal alles hier. Also, so, jetzt Herr Heym, bitte.

-Zwischenrufe-

Frau Müller

Stimmt, das Ding ist verwiesen, Herr Heym, Sie dürfen nicht noch mal. Entschuldigung, das geht wirklich, nein, es darf jede Fraktion noch mal aber Ihre Fraktion hat doch schon geredet. Insofern, es ist in den Hauptausschuss verwiesen und damit, Herr Heym.

Herr Heym

Der Beschluss ist hier, von Freiwilligkeit ist keine Rede.

Frau Müller

Lesen Sie sich den Beschluss richtig durch, Herr Heym. So, der Antrag ist verwiesen in den Hauptausschuss, ne, Frau Dr. Wünscher, Hauptausschuss.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Hauptausschuss*

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Bildung einer Überprüfungscommission, die die erfolgten Mitteilungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) gemäß Stadtratsbeschluss VII/2020/00806 im Mehraugenprinzip öffnet, sich über einheitliche Bewertungskriterien verständigt und sich eine Meinung darüber bildet, inwieweit diejenigen, über die eine Mitteilung des BStU vorliegt, in das Repressionssystem der DDR verstrickt waren.
2. Jede Fraktion entsendet ein Mitglied in die Überprüfungscommission. Der/die Vorsitzende der Überprüfungscommission wird aus der Mitte der entsandten Mitglieder gewählt.
3. Die Überprüfungscommission informiert den Stadtrat nach Konstituierung über die einheitlichen Bewertungskriterien und die Ergebnisse der Überprüfung der Mitglieder des Stadtrates auf Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR.

**zu 9.6 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Errichtung einer mobilen Wasserrettungsstation
Vorlage: VII/2021/02754**

-Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

Und dann haben wir 9.6, Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler zur Errichtung einer mobilen Wasserrettungsstation. Herr Dr. Thomas.

Herr Dr. Thomas

Die Saale erfreut sich zunehmender Beliebtheit bei den Menschen der Stadt. Der Antrag ist einfach eine Einladung dazu, gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir die Sicherheit der Personen dort besser gewährleisten können. Für Veränderungen und Anregungen sind wir jederzeit offen und namens der Fraktion darf ich das in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Sicherheit sowie in den Finanzausschuss verweisen.

Frau Müller

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das sehe ich nicht, dann ist der Antrag verwiesen in den Finanzausschuss und in den Klima, Ordnung und Umweltausschuss. Herr Aldag darf dann trotzdem noch mal, bitte.

Herr Aldag

Entschuldigen Sie, Frau Vorsitzende, ich hatte mich spät gemeldet, aber ich hatte mich gemeldet. Ich wollte nur noch mal dem Antrag ausdrücklich zustimmen. Wir alle hier haben in den letzten vielen, vielen Jahren viel über die Saale ...

-Zwischenrufe-

Frau Müller

Moment mal bitte, wenn ein Antrag verwiesen ist, dann darf jede Fraktion noch einmal reden und die Grünen haben noch nicht geredet. Also dürfen sie jetzt reden. Und Herr Lange, ich brauche von ihnen keine Flankierung, ich kann das hier alleine. Bitte Herr Aldag.

Herr Aldag

Dankeschön Frau Vorsitzende. Immer schön, wie die Geschäftsordnung hier immer wieder neu ausgelegt wird. Also, wie gesagt, ich kann den Antrag, wir können den als Fraktion, den Antrag nur unterstützen, können das sicherlich auch diskutieren. Wir alle haben, glaube ich, in den letzten Jahren sehr, sehr viel über das Baden in der Saale diskutiert. Ich glaube, fast alle Fraktionen haben Anträge gestellt und ich verstehe überhaupt gar nicht die Haltung der Stadtverwaltung, denn auch von Seiten der Stadtverwaltung hat es zahlreiche Vorstöße gegeben das Baden in der Saale zu forcieren, Sand an den Saalestrand hinzufahren und ich glaube, wenn man den ersten Schritt tut, sprich die Attraktivität der Saale zu steigern, dann muss man auch in der Konsequenz den zweiten Schritt tun. Man muss erkennen, was dort jetzt passiert an dem Saalestrand und der Saalestrand wächst in seiner Beliebtheit. Viele, viele Menschen sind dort. Wir müssen uns deswegen auch um die Sicherheit kümmern und es ist, glaube ich, ein ganz, ganz wichtiger Schritt, und wir sollten uns dieser Verantwortung bewusst sein und auch diesen Schritt gehen. Wie gesagt, Einzelheiten sowie das Herr Thomas ausgedrückt hat können wir sicherlich in den Ausschüssen diskutieren, aber ich bitte wirklich alle darum und auch die Stadtverwaltung das sehr genau anzugucken und sich der Verantwortung bewusst zu sein hier tatsächlich auch für die Sicherheit am Saalestrand zu sorgen. Denn das haben wir alle gemeinsam, auch die Stadtverwaltung, gewollt, dass es diese Entwicklungen hier an der Saale gibt und es ist eine gute Entwicklung.

Frau Müller

So, jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen und damit ist der Antrag verwiesen in den, jetzt muss ich noch mal, in den Finanzausschuss und in den Klima-, Umwelt- und Ordnungsausschuss.

-Ende Wortprotokoll-

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch GOA der Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine mobile Wasserrettungs- und Hilfeleistungsstation auf der Ziegelwiese am Saalestrand für die Nutzungszeit Mai bis September aufzustellen.
2. Zu berücksichtigen ist dabei die pragmatische und kostengünstige Containerlösung, die bereits beim KITASchwimmen Verwendung findet.
3. Aufgrund vieler pandemiebedingt nicht durchgeführter Schwimmkurse soll das Projekt bereits 2021 umgesetzt werden.

zu 9.7 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Errichtung von Parkbänken auf der Peißnitz-Insel
Vorlage: VII/2021/02764

Herr Wels brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein. Er sagte, dass auf der Peißnitzinsel nicht ausreichend Sitzmöglichkeiten vorhanden sind, diese weit voneinander entfernt stehen und gerade für ältere Menschen weitere Bänke begrüßenswert wären. Er warb um Zustimmung zum Prüfantrag.

Herr Feigl sagte, dass laut der Stellungnahme der Verwaltung genau diese Prüfung schon erfolgt ist. Er stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung. Diesem wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **erledigt**

Beschlussvorschlag:

- (1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob auf der Peißnitz-Insel neben den bereits bestehenden Parkbänken weitere errichtet werden können.
- (2) Die Stadtverwaltung wird zudem beauftragt, zur Finanzierung ein Patenschaftsprogramm zu erstellen, um damit Unternehmen und Privatpersonen als Sponsoren zu gewinnen.
- (3) Das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat im Oktober 2021 vorzulegen.

zu 9.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Maßnahmen gegen das Insektensterben
Vorlage: VII/2021/02743

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag im Namen ihrer Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Herr Bernstiel sagte, dass in der letzten Woche das Insektenschutzgesetz im Bundestag beschlossen wurde, welches die Punkte des SPD-Antrages regelt. Selbst der Stadtrat hat in der vergangenen Wahlperiode ein umfangreiches Insektenschutzprogramm aufgelegt. Daher stellte er einen Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung.

Herr Eigendorf sprach sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus. Dieser wurde mehrheitlich abgelehnt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Übersicht zu prüfen, welche Wirkungen bereits ergriffene Maßnahmen gegen das Insektensterben entfaltet haben und nimmt Stellung zu weiteren möglichen Initiativen. Wir bitten dabei um Aussagen zu folgenden Handlungsmöglichkeiten:

1. Überprüfen der Landpachtverträge für landwirtschaftliche Nutzung mit dem Ziel des Verzichts auf Pestizideinsatz (am Ortsrand aufgrund des Bevölkerungsschutzes essentiell, betrifft insbesondere Ackerflächen in NATURA 2000 Gebieten und NSG; Aufzeigen der Größenordnung etwaiger Entschädigungszahlungen für den Pächter)
2. Überprüfen der Landpachtverträge mit dem Ziel für angrenzende vorhandene Hecken und Ackerrandstreifen einen Schutzabstand bezüglich des Einsatzes von Dünger und Bioziden einzurichten
3. Verzicht auf Pflanzen, die mit Neonikotinoiden behandelt wurden (alle Bäume, Stauden und Pflanzen für Wechselrabatte können behandelt sein)
4. Prüfen, wo im Innenbereich dauerhaft extensiv genutzte Grünflächen, pollen- und nektarreiche Wiesenflächen, natürliche Sukzessionsflächen oder Blühstreifen entstehen können und ob Friedhöfe und Grabfelder entsprechend gestaltet werden können
5. Flächenscharfe Prüfung auf welchen vorhandenen derzeit intensiv gepflegten Grünflächen (Wiesen) die Pflege weiter extensiviert werden kann (2-schürige Mahd im Mai und September, einschl. abschnittsweise Mahd). Ausgenommen sollten die Flächen sein, die der Verkehrssicherungspflicht, Repräsentationszwecken oder der Spiel- und Freizeitnutzung dienen. Hier kann eine intensive Mahd erfolgen.
6. Pflanzen von gebietsheimischen und standorttypischen züchterisch nicht veränderten Bäumen und Sträuchern oder Wildobstarten im Innenbereich mit Bedeutung für Insekten (Weißdorn, Spitz- und Bergahorn, Traubenkirsche, Schlehe, Winterlinde, Traubeneiche, Hainbuche usw.)
7. Durchführung einer Informationskampagne über die Bedeutung von Biodiversität in der Stadt, zur Verbesserung der Bewusstseinsbildung für die Relevanz von ökologisch und naturnah gepflegten öffentlichen Grünflächen und zu geeigneten Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern sowie giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern

8. Organisation einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema ganzheitlicher Biotopschutz im Innen-, Außenbereich und im Geltungsbereich der B-Pläne sowie bei der Konzeption von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

**zu 9.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Instrumenten aus der Novellierung des Baulandmobilisierungsgesetzes
Vorlage: VII/2021/02744**

Herr Eigendorf brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung.

Herr Heym fragte, ob es eines solchen Antrages überhaupt bedarf, da die Verwaltung grundsätzlich auf neue gesetzliche Regelungen zu reagieren und diese umzusetzen hat.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es sich um einen Prüfantrag handelt, welchen die Verwaltung empfiehlt anzunehmen, man würde die Auswirkungen des Gesetzes darstellen.

Herr Dr. Wend bat um Präzisierung, wie das Bundesgesetz zeitnah in der Stadt umgesetzt werden kann.

Herr Rebenstorf antwortete, dass dies im Planungsausschuss zu besprechen ist.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen wird. Die beschlossenen Instrumente der Bundesregierung werden die Probleme in der Stadt Halle was Segregation oder den Anteil von Menschen, die weniger Geld zur Verfügung haben oder deren Wohnort nicht lösen können. Da bedarf es anderer Lösungen.

Herr Heym verwies den Antrag in den Planungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch GOA der AfD-Stadtratsfraktion
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Punkte des am 07.05.2021 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Baulandmobilisierungsgesetzes (BauGB – Novelle) auf die Stadt Halle (Saale) anwendbar und mit den wohnungsbaupolitischen Zielen und Klimaschutzzielen der Stadt Halle vereinbar sind.

Dabei ist die Bedeutung der Instrumente dieser BauGB Novelle im Hinblick auf die Umsetzung des wohnungspolitischen Konzepts zu bewerten.

Die Schwerpunkte der Prüfung sollen sich auf folgende Punkte beziehen:

- Schaffung von sozialverträglichen (bezahlbaren Wohnraum) im Innenbereich
- Ausübung des Vorkaufsrechtes von Immobilien nach dem Verkehrswert nach den im Gesetz neu definierten Kriterien für städtebauliche Missstände

- Auswahl von Stadtteilen bei denen die Einschränkungen der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sinnvoll sein können

Ferner sollen alle Voraussetzungen und Kriterien für die Ausweisung eines „angespannten Wohnungsmarktes“ in der Stadt Halle, kritisch hinterfragt und dargelegt werden, da viele Neuerungen der BauGB Novelle nur unter diesem Vorbehalt stehen.

Die Berichterstattung zu den Prüfergebnissen erfolgt unter Angabe von Priorisierungen und Anwendungsmöglichkeiten erstmals im Planungsausschuss im September 2021.

**zu 9.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Unterstützung der Gastronomie durch Einrichtung von „Parklet“-Flächen
Vorlage: VII/2021/02745**

Herr Senius brachte den Antrag im Namen seiner Fraktion ein und warb um Zustimmung. Die Verwaltung soll prüfen, ob gewisse Parkflächen in den Sommermonaten zu gastronomischen Flächen umgewidmet werden können. Er verwies den Antrag in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung.

Herr Bernstiel sagte, dass der Antrag eine Missachtung der öffentlichen Meinung in Bezug auf den gerade erst erfolgten Bürgerentscheid darstellt.

Frau Ranft sagte, dass ihre Fraktion den Antrag ablehnen wird, da das Anliegen den übertragenen Wirkungskreis betrifft und man die Ansicht vertritt, dass die Verwaltung bereits das Bestmögliche unternimmt, um die Gastronomen zu unterstützen.

Frau Winkler verwies den Antrag in den Planungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung
sowie durch
GOA der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten*

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung prüft Möglichkeiten, in den Sommermonaten zusätzliche Außengastronomie auf dafür umzuwidmenden Parkbuchten zuzulassen. Entsprechende Interessensbekundungen sollen vorgestellt werden. Die Interessen der Anwohnerschaft sind zu berücksichtigen.

**zu 9.11 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vermeidung der Verdichtung von Kinderarmut im Quartier
Vorlage: VII/2021/02752**

Herr Senius zog den Antrag im Namen seiner Fraktion zurück, da das Anliegen gemäß der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt anzusehen ist.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die soziale Zusammensetzung in den Stadtteilen verändert werden kann, die von besonders hoher Kinderarmut betroffen sind.

Folgende Punkte sind zu berücksichtigen:

1. Es findet eine regelmäßige Ausschussberichterstattung über die bestehenden Kinderarmutsquoten in den Stadtteilen und den konkret ergriffenen Gegenmaßnahmen sowie deren Bewertung statt.
2. Die Verwaltung prüft in Einvernehmen mit den Familien die Aussetzung von Zuweisungen in Stadtteile, in denen die Kinderarmutsquote über 50 Prozent liegt. In die Prüfung sollte einbezogen werden, ob in diesen Fällen eine höhere Übernahme der Mietkosten bzw. Wohngeld erfolgen kann.
3. Die Verwaltung prüft ob kinderreiche Familien, die Sozialhilfe oder Alg II empfangen, der Umzug ermöglicht werden kann, wenn die Kinderarmutsquote in ihrem Stadtteil über 50 Prozent liegt und ob in diesen Fällen eine höhere Übernahme der Mietkosten bzw. Wohngeld erfolgen kann.

Herr Dr. Wend gab eine persönliche Erklärung ab. Er sagte, dass das Thema Segregation immer diskutiert wird, man sich aber im Umgang nicht schlüssig ist. Er hätte den Antrag gern verwiesen, um sich über die Thematik und deren Umsetzung klarer zu verständigen, d.h. ob die Anhebung des KdU-Satzes eine Möglichkeit ist Segregation zu verhindern.

zu 11 Mitteilungen

Es gab keine Mitteilungen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Herr Streckenbach zur Tagesordnung

Herr Streckenbach kritisierte, dass der Tagesordnungspunkt schriftliche Anfragen erneut abgesetzt wurde. Es schleicht sich zunehmend eine Praxis ein, die schriftlichen Anfragen sowie andere Punkte nicht zu behandeln, obwohl dies laut Satzung möglich ist.

Frau Müller sagte, dass bereits vor der Pandemie mit den Fraktionsvorsitzenden über die Thematik gesprochen wurde, die Sitzung insgesamt zu straffen. Sollten Nachfragen zu der Beantwortung der schriftlichen Anfragen bestehen, so können diese auch unter dem Tagesordnungspunkt mündliche Anfragen gestellt werden.

zu 12.2 Herr Streckenbach zu Badestellen an Flussufern

Herr Streckenbach fragte, wann die Prüfung der Erschließung von Badestellen an Flussufern erfolgen und wann zu Gesprächen mit Initiativen und Rettungsdiensten eingeladen wird.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.3 Herr Streckenbach zum TOP 9.2

Herr Streckenbach fragte zum beschlossenen Tagesordnungspunkt 9.2. an, ob der Beschluss aufgrund der Formulierung in Ziffer 1 rechtswidrig ist und ob die Verwaltung hier Einspruch einlegen wird.

Herr Schreyer antwortete, dass der Hinweis der Verwaltung zu dem Punkt der Klarstellung diene. Man war sich bei der Beschlussfassung einig, dass das Auffordern ein Bitten sein soll. Eine Bitte im übertragenen Wirkungskreis ist zulässig.

Herr Streckenbach sagte, dass der Beschlusstext dann hätte in der Form angepasst werden müssen.

zu 12.4 Frau Dr. Brock zu Erziehungsberatungsstellen

Frau Dr. Brock fragte, wann die drei zusätzlichen Stellen für die Erziehungsberatung besetzt werden.

Frau Brederlow antwortete, dass die Bedarfsermittlung abgeschlossen ist. Der Jugendhilfeausschuss wird wahrscheinlich im September darüber beschließen können.

zu 12.5 Frau Dr. Burkert zur Bugenhagenstraße

Frau Dr. Burkert sagte, dass in der Bugenhagenstraße ein Bereich eines Fußweges von 30-50 Metern nicht befestigt ist. Dieser unbefestigte Abschnitt ist gerade für Senioren der dortigen Wohnanlage schwer befahrbar und stellt eine Gefahr dar.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.6 Herr Dr. Meerheim zu Garagen

Herr Dr. Meerheim sagte, dass den Garagengemeinschaften in der damaligen Diskussion versichert wurde, dass die Verträge unverändert weiterlaufen und neu abgeschlossen werden. Er fragte, welche in der Stadt Halle befindlichen und ansässigen Gigs einen neuen Vertrag erhalten haben und zu welchen Konditionen.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.7 Herr Lange zum Schulumweltzentrum Franzigmark

Herr Lange fragte, warum der im Haushaltsplan der Stadt veranschlagte Betrag noch nicht ausgezahlt wurde und wann dies geschehen wird.

Frau Brederlow antwortete, dass es keine institutionelle Förderung ist, sondern eine freiwillige Leistung. Es gibt einen Vertrag und es werden Gespräche geführt, wozu dieses Geld benötigt wird. Es gibt investive Maßnahmen, die in einer anderen Form besser umzusetzen sind. Sie sagte hierzu eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.8 Frau Dr. Schöps zur Sanierung des Stadtbades

Frau Dr. Schöps sagte, Hintergrund für ihre Anfrage ist einerseits der Eindruck aus dem Beratungsgremium Sanierung Stadtbad, dass die Bäder Halle GmbH (BHG) derzeit mit der Aufgabe, von den notwendigen Arbeiten (Antragstellung, Organisation) zur Vorbereitung der Sanierung des Stadtbades überfordert ist (Anfragen aus dem Gremiums werden mit Verweis auf Zeitmangel vorerst nicht beantwortet u.ä.), andererseits die Information, dass andere Kommunen wie beispielsweise Leipzig, die ein ähnliches Vorhaben und eine Antragstellung planen, ganz anders damit umgehen und so z.B. bereits eine Stelle in der Stadtverwaltung für die Bearbeitung vorgesehen haben.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Welche organisatorischen und finanziellen (einschließlich steuerrechtlichen) Vorteile bietet die Verwaltung der städtischen Bäder durch die BHG als Tochter der Stadtwerke für die Stadt Halle (Saale) im Vergleich zur Verwaltung der Bäder z.B. als Eigenbetrieb (analog EB Kita)?
2. Kann die Stadtverwaltung zuverlässige Informationen zum Vorhaben der Stadt Leipzig, das dortige historische Stadtbad (leerstehend seit 2005) zu sanieren, und dem dort geplanten Vorgehen zur Umsetzung einholen?
Wenn ja, welche organisatorischen Unterschiede sind festzustellen und welche Vorteile hat im Vergleich die Übertragung der Aufgabe an die BHG in der Stadt Halle (Saale)?

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Bäder Halle GmbH mit der Sanierung des Stadtbades ein großes Projekt trägt. Diese haben von Beginn an kundgetan, dass sie

externe Unterstützung benötigen. Die Bäder wurden 2010 aus Konsolidierungsgründen ausgelagert. Es wurden verschiedene Möglichkeiten geprüft und letztlich wurde beschlossen, dass die Bäder Tochter der Stadtwerke werden und die Bäder Halle GmbH wurde gegründet.

Im Juli wird im Stadtrat von Leipzig eine entsprechende Vorlage in den Rat eingebracht. Halle möchte mit Leipzig die Gespräche diesbezüglich aufnehmen und im nächsten Beratungsgremium im Stadtbad darüber dann informieren.

Frau Dr. Schöps bat um konkrete Beantwortung der Frage 1.

zu 12.9 Frau Gellert zum Südfriedhof

Frau Gellert fragte, wann es Ersatzbänke auf dem Südfriedhof geben wird. Viele sind aufgrund ihres morschen Zustandes entfernt wurden.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.10 Frau Gellert zum Präventionsrat und Jugendparlament

Frau Gellert fragte nach dem Stand der ausgeschriebenen Stelle für den Präventionsrat sowie der Stelle zum Jugendparlament.

Herr Paulsen antwortete, dass im zweiten Halbjahr mit der Beteiligung zum Jugendparlament begonnen werden soll, da im ersten Halbjahr eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aufgrund der hohen Inzidenzen nicht möglich war. Die Ausschreibung der Stelle Präventionsrat ist in Vorbereitung.

zu 13 Anregungen

zu 13.6 Anregung von Herrn Wolter zu Geschäftsordnungsanträgen

Herr Wolter regte an, dass die Stadtratsvorsitzende prüft, wie sie mit Geschäftsordnungsanträgen zu verfahren hat.

zu 13.7 Anregung Frau Dr. Burkert zu kulturellen Veranstaltungen

Frau Dr. Burkert regte an, eine Art Plattform Kulturarena Halle ins Leben zu rufen, um den Zusammenhalt und die Künstler in der Pandemie-Zeit zu stärken.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

zu 14.1 Antrag des Stadtrates Thomas Schied auf Akteneinsicht Forsterstraße

Herr Schied erinnerte an seinen Antrag auf Akteneinsicht aus der letzten Sitzung. Seiner Meinung nach standen nicht alle Unterlagen zur Akteneinsicht zur Verfügung, möglicherweise hängt dies im Zusammenhang mit dem Umzug in die Scheibe A.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Müller beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer